

Rechtsextremismus Barometer 2024

Das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer wurde in einer Online-Befragung (CAWI) realisiert, die von Ende April 2024 bis Ende Mai 2024 durchgeführt wurde. Die Stichprobe, die einem Online-Access-Panel des Meinungsforschungsinstituts marketagent entstammt, umfasst 2.198 Personen, die nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung repräsentativ für die österreichische Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren gesampelt wurden. Die Studie soll erhellend helfen, welche Verbreitung autoritäre, rassistische, antisemitische und verwandte Einstellungen in Österreich aufweisen und welches gesellschaftliche Potential – über den Status quo des organisierten Rechtsextremismus hinaus – Akteur*innen vorfinden, die ebensolche Einstellungen zu ihrer politischen Geschäftsgrundlage gemacht haben. Diese Studie soll als Online-Umfrage (CAWI) künftig im Zweijahresrhythmus wiederholt werden, um Vergleiche über die Zeit zu ermöglichen.

In der im April und Mai 2024 durchgeführten Umfrage gab eine Mehrheit der Befragten an, eine „umfassende Remigration“ für notwendig zu erachten oder sich wegen der in Österreich lebenden Muslim*innen manchmal „fremd im eigenen Land“ zu fühlen. Antisemitische Ansichten werden von einem größeren Anteil der Befragten (15%–23%) vertreten, als das etwa in der jüngsten Leipziger Autoritarismusstudie 2022 (ca. 7 %) der Fall ist. Dabei treten, analog zu Deutschland, israelbezogener oder Schuldabwehrantisemitismus häufiger zutage als Formen des tradierten Antisemitismus. Die Neigung zu Verschwörungserzählungen ist ausgeprägt: Jeweils etwa 50 % der Befragten glauben, von „den Medien“ systematisch belogen zu werden und dass die österreichische Bevölkerung langfristig durch zugewanderte Personen ersetzt werde. Des Weiteren zeigen sich die Befragten bei Fragen zu Law & Order autoritär. So stimmen erneut jeweils mehr als 50% der Aussage zu, dass man „gefährliche Menschen“ einsperren können solle, noch bevor sie Straftaten begangen haben, und dass Grundrechte Abschiebungen nicht verhindern sollten. Die Haltung der Demokratie gegenüber ist allerdings mehrheitlich positiv.

Als Teil der Auswertung wurde ein Segment von etwa 10% der Wohnbevölkerung ausgemacht, das ausgeprägte rechtsextreme Einstellungen aufweist, wie sie in der Zustimmung zu Schlüsselitems der Dimensionen „Antiegalitarismus“, „Volksgemeinschaftsdenken/Ethnozentrismus“ und „Autoritarismus“ zum Ausdruck kommen. In ihrer ideologischen Selbsteinschätzung verorten sich Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen mehrheitlich in der politischen Mitte oder rechts derselben.

A	Einleitung	4
B	Soziologische Studien zu Rechtsextremismus in Österreich und Deutschland	5
B1	Österreichische Längsschnittstudien zu Demokratiefeindlichkeit	5
B2	„Deutsche Zustände“: Rechtsextremismusbewertung in Deutschland	7
B3	(Rechts-)Extremismus in Österreich	9
C	Das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer: Rechtsextreme Einstellungen in Österreich	12
C1	Rechtsextreme Einstellungen in der österreichischen Gesamtbevölkerung und Kurzskala „ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen“	12
C2	Politische Orientierung von Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen	28
D	Zusammenfassung	30
E	Annex	31
F	Anmerkungen	33
G	Autor*inneninfos	35
H	Impressum	36

Die meisten Publikationen über Rechtsextremismus befassen sich mit rechtsextremen Organisationen und Parteien oder deren Programmatik, damit aber sozusagen mit der Angebotsseite des Rechtsextremismus. Die vorliegende Studie möchte diesen Blickwinkel erweitern und zusätzlich zum rechtsextremen Angebot auch die rechtsextreme Nachfrage, also Ideologien, Ansichten und Einstellungen innerhalb der österreichischen Bevölkerung untersuchen.¹ Im Folgenden stehen also nicht Aktionen und Akteur*innen, politische Kampagnen und Aktionsformen im Mittelpunkt, stattdessen wird untersucht, welche Einstellungen zu gesellschaftlichen und politischen Fragen den Rechtsextremismus kennzeichnen, wie weit diese in der Gesellschaft verbreitet sind und mit welchen soziodemografischen Faktoren und anderen Einstellungsmustern sie zusammenhängen.

Einstellungen zu erheben, bedeutet zunächst noch keine Analyse ihrer Ursachen zu versuchen, sondern die deskriptive Feststellung ihres Auftretens, ihrer Häufigkeit und ihrer Zusammenhänge. Jedes rechtsextreme Angebot trifft auf Einstellungsmuster in der Bevölkerung, und dieses antidemokratisch-rechtsextreme gesellschaftliche Potential, das der organisierte Rechtsextremismus mobilisiert, gilt es zu erfassen.

Die Untersuchung der Verbreitung von Einstellungen wird sozialwissenschaftlich als Einstellungsmessung bezeichnet, bei der per Fragebögen Meinungen in der Gesellschaft erhoben werden. *Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* hat für diesen Bericht eine solche Umfrage erarbeitet, deren Ergebnisse im Folgenden näher beschrieben werden.² Dafür wurden die im DÖW entwickelten Begriffsbestimmungen³ operationalisiert, also messbar gemacht. Unserem Begriffskapitel zufolge geht es bei rechtsextremen Einstellungen um Vorstellungen von „natürlichen“ Gemeinschaften (als *ingroups*), die in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen und stehen sollten – also auch um die Abwertung und den Wunsch nach Ausschließung der anderen, als bedrohlich empfundenen Gruppen (*outgroups*). Diese Abwertung wird mit einer Bejahung autoritärer politischer Maßnahmen verbunden, die sowohl die Wahl der politischen Inhalte als auch die politischen Mittel betreffen. Rechtsextremismus meint also eine Ideologie,⁴ die in vermeintlich natürlichen Gemeinschaften denkt (Volksgemeinschaftsdenken), deren Gleichheit und Gleichwertigkeit zugunsten einer hierarchisch gedachten Ordnung abgelehnt wird (Antiegalitarismus). Zur (Wieder-)Herstellung dieser natürlichen

Ungleichheit werden in Form und Inhalt autoritäre Handlungsweisen befürwortet (Autoritarismus), die politische Gewalt implizieren können, aber nicht müssen.

Wir haben in unserer Umfrage vielfach getestete Items verwendet, die für verschiedene latente Einstellungsdimensionen stehen. Um „Rechtsextremismus“ unserer Definition gemäß zu operationalisieren, haben wir die drei Dimensionen „Antiegalitarismus“, „Volksgemeinschaftsdenken/Ethnozentrismus“ und „Autoritarismus“ gebildet und jeweils zwei Items identifiziert, die inhaltlich besonders aussagekräftig sind und statistische Gütekriterien besonders gut erfüllen (siehe Tabelle 1). Die Fragen sind, mit Ausnahme der Dimension Autoritarismus, positiv und negativ formuliert. Bei Zustimmung (sowohl „voll und ganz“ als auch „eher“) zu zumindest vier der sechs Items wird die befragte Person in eine Gruppe von Respondent*innen mit „ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen“ eingeteilt. Anders als in anderen Studien wird die Antwortkategorie „weder-noch“ dabei nicht als latente Zustimmung gewertet. In der folgenden Datenauswertung haben wir die einzelnen Fragen sowohl für die Gesamtheit der Befragten, als auch für die Gruppe derer mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen ausgewertet und einander gegenübergestellt. Das verdeutlicht Ausmaß und Ausprägung rechtsextremer Einstellungen.

Konzeptionelle Entscheidungen sind stets diskussionsoffen, wie ein Blick auf verschiedene Studien zu Autoritarismus und Rechtsextremismus im Folgenden zeigen soll – das ist das Wesen sozialwissenschaftlicher Diskussionen. Es ist wichtig zu betonen, dass unsere Forschung nicht darauf abzielt, eine Anleitung zur genauen Identifikation von Rechtsextremen bereitzustellen. Vielmehr geht es um die Messung eines rechtsextremen Potentials als Syndrom von antidemokratischen Einstellungen der Ungleichwertigkeit. Dabei wird das rechtsextreme gesellschaftliche Bedrohungspotential in Österreich untersucht, das in Umfragen verständlicherweise als eine der größten Bedrohungen für die Demokratie wahrgenommen wird.⁵ Wir sprechen daher bewusst von „ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen“ und weder von „rechtsextremen Personen“ per se noch von einem „rechtsextremen Weltbild“.

Item	Dimension
<p>▶ Kann jemand ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein, wenn er oder sie nicht in Österreich geboren ist?</p> <p>▶ Unser Volk ist den anderen Völkern von Natur aus überlegen.</p>	Volksgemeinschaftsdenken/Ethnozentrismus
<p>▶ Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.</p> <p>▶ Wir sollten uns mehr anstrengen, damit alle Menschen die gleichen Rechte haben.</p>	Antiegalitarismus
<p>▶ Ich wünsche mir einen starken Mann an der Spitze dieses Landes, der sich nicht um ein Parlament kümmern muss.</p> <p>▶ Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit.</p>	Autoritarismus

Tabelle 1: Items der drei Dimensionen von Rechtsextremismus, gemäß der Operationalisierung des Begriffskapitels. Bei Zustimmung (sowohl „stimme voll und ganz zu“ als auch „stimme eher zu“) zu zumindest vier der sechs Items wird die befragte Person in eine Gruppe von Respondent*innen mit „ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen“ eingeteilt. Anders als in anderen Studien wird die Antwortkategorie „weder-noch“ nicht als latente Zustimmung gewertet.

B Soziologische Studien zu Rechtsextremismus in Österreich und Deutschland

In Österreich gibt es bisher – anders als in Deutschland – keine Langzeitstudie, die rechtsextreme Einstellungen über mehrere Jahre hinweg untersucht, um entsprechende Trends feststellen zu können. Existierende österreichische Langzeitstudien wie der „Demokratie-Monitor“ des Umfrageinstituts *Foresight/SORA*, der seit 2018 erhoben wird,⁶ und das „Demokratieradar“ des *Austrian Democracy Lab*,⁷ das ebenfalls von 2018 bis 2023 in zehn Wellen durchgeführt wurde, erheben allgemeine politische Einstellungen, die vom österreichischen Parlament in Auftrag gegebene und vom Meinungsforschungsinstitut IFES zweijährlich durchgeführte „Antisemitismus-Studie“ untersucht spezifisch antisemitische Einstellungen.⁸ Eine auffällige und im internationalen Kontext überraschende Gemeinsamkeit dieser Langzeitstudien besteht darin, politische (Partei-) Präferenzen und Selbsteinschätzungen nicht wiederzugeben oder gar nicht zu erheben.⁹ Diese Lücke will die vorliegende Studie schließen.

Abgesehen von Langzeitstudien, boten in den letzten Jahren in Österreich im Wesentlichen vier Querschnittstudien Abhandlungen zu spezifischen Unterthemen von Rechtsextremismus – eine Studie in Salzburg 2021 zu Autoritarismus und Corona-Skepsis,¹⁰ das „Wissenschaftsbarometer“ der *Österreichischen Akademie der Wissenschaften* zu Wissenschaftsfeindlichkeit und -skepsis,¹¹ eine vom Bundesministerium für Inneres beauftragte und von SORA durchgeführte Studie zu Extremismus in Österreich¹² sowie die unter Leitung des Historikers Oliver Rathkolb vom

Wiener Institut für Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung (WIAB) durchgeführte „Europäische Autoritarismus-Studie“.¹³ Insbesondere die beiden letztgenannten Studien greifen dabei auf Erhebungsinstrumente der beiden deutschen Langzeitstudien zurück, der seit 2002 regelmäßig durchgeführten „Mitte-Studien“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung*¹⁴ sowie der daraus hervorgegangenen „Leipziger Autoritarismus-Studien“.¹⁵ Im Folgenden werden Methodologie und für die vorliegende Umfrage relevante Ergebnisse ausgewählter Studien dargestellt, um die DÖW-Studie im wissenschaftlichen Feld zu kontextualisieren.

B1 Österreichische Längsschnittstudien zu Demokratiefeindlichkeit

Österreichischer Demokratie Monitor (SORA)

Dem „SORA-Demokratie-Monitor“ 2022 zufolge ist das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in politische Institutionen während der Corona-Pandemie stark gesunken. „Derzeit denken nur mehr 34 % der Menschen, dass das politische System in Österreich gut funktioniert. Das ist der tiefste Wert seit Erhebungsbeginn 2018 – vor fünf Jahren lag die Zufriedenheit um 30 Prozentpunkte höher (64 %).“¹⁶ Dieser Vertrauensverlust trifft dabei nicht auf alle Institutionen gleichermaßen zu, sondern vor allem auf demokratisch gewählte wie den Bundespräsidenten und das Parlament, während etwa Polizei und Bundesheer von diesem Vertrauensverlust weitgehend verschont blieben.¹⁷ Das betreffe 2022 alle Bevölkerungsgruppen, dargestellt werden allerdings nur Auswertungen nach ökonomischer Lage, Bildung (anhand von Matura ja/nein), Geschlecht und Erwerbsform, während die politische Einstellung der Befragten, etwa durch Selbsteinstufung auf einer Links-Rechts-Skala oder durch die Angaben einer Parteipräferenz, nicht wiedergegeben wurde. SORA stuft jedoch die Befragten politisch in drei Gruppen ein, die als „Autokrat*innen“ (6 %), „autoritäre Demokrat*innen“ (37 %) und „überzeugte Demokrat*innen“ (57 %) benannt wurden.¹⁸

2023 stellte SORA erneut fest, dass zwar weiterhin eine überwiegende Mehrheit der über 2.000 Befragten die Demokratie für die beste Staatsform halte (86%), doch Vertrauen und Zufriedenheit in politische Institutionen im Langzeittrend weiterhin niedrig seien.¹⁹ Ein schon länger zu beobachtendes geringes Vertrauen in politische Institutionen unter Befragten mit geringerem Einkommen wurde während der Corona-Jahre durch eine regelrechte Vertrauenserosion in den mittleren und oberen Schichten ergänzt.²⁰ Gleichzeitig stellt SORA ein leichtes Absinken des Autoritarismus fest, was etwa die Frage nach einem starken „Führer“ verdeutlichte („*Es sollte einen starken Führer geben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.*“) Diese wurde 2023 von 19% befürwortet, nämlich von 6% „stark“ (im Vergleich 2022: 11%) und von 13% „eher“ (2022: 15%).²¹

Demokratieradar (ADL)

Die jüngste und letzte, von 22. September 2022 bis 21. November 2022 durchgeführte Umfrage des „Demokratieradars“ des *Austrian Democracy Lab* (ADL), das von Jänner 2018 bis März 2023 Demokratiezufriedenheit und Zukunft der Demokratie in Österreich durch die halbjährliche Befragung von insgesamt 9.000 Personen erforscht hat,²² kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Für die vorliegende Studie und ihren Berichtszeitraum ist allerdings insbesondere die siebente Welle, durchgeführt 2021, von Interesse. In einem eigenen Blog diskutierte Studien-Co-Autor Flooh Perlot Rechtsextremismus auf Basis des ADL-Radars. Seine Schlussfolgerung: „Autoritäre und rechtsextreme Aussagen erhalten in Österreich unterschiedlich viel Zustimmung, ein kleinzuredendes Randphänomen sind sie nicht.“²³ Im Vergleich zur Leipziger Autoritarismusstudie 2020, deren Rechtsextremismusbegriff das ADL für Österreich übernommen hat, zeigten Befragte in Österreich 2021 höhere Zustimmungswerte. Sowohl die Zustimmung zu einem „Führer, der Österreich zum Wohle aller mit starker Hand regiert“, wurde in Österreich erheblich öfter bejaht – nämlich von 14% gegenüber 8,6% in Deutschland –,²⁴ als auch die Ansicht, Österreich sei „durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Ausmaß überfremdet“ und das den Antisemitismus messende Item, dass „der Einfluss der Juden auch heute noch zu groß“ sei.²⁵ Zwar ist bei Vergleichen stets auf die unterschiedlichen Erhebungszeitpunkte wie auch im Detail unterschiedliche Fragestellungen hinzuweisen, doch lassen die festgestellten Unterschiede zumindest hellhörig werden.

Da die Daten der „ADL-Demokratieradars“ via AUSSDA verfügbar sind, lassen sie sich auch nach Parteipräferenzen auswerten.²⁶ Die Daten zeigen einen deutlichen Zusammenhang zwischen rechter Selbsteinschätzung oder Parteipräferenz, gemessen durch die Beantwortung der sogenannten Sonntagsfrage, mit antidemokratischen und autoritären Einstellungen: Während 54,4% der Befragten angaben, dass das politische System in Österreich alles in allem recht gut funktioniere, und 89% fanden, dass die Demokratie besser sei als anderer Regierungsformen, lagen diese Werte bei FPÖ-Sympathisant*innen deutlich niedriger: 22% und damit nicht einmal ein Viertel der FPÖ-Sympathisant*innen stimmten der Aussage voll und ganz oder überwiegend zu, dass das politische System in Österreich alles in allem recht gut funktioniere, und 78,5% fanden, dass die Demokratie besser sei als andere Regierungsformen. Einem starken Nationalgefühl („*Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben*“) stimmten in der Gesamtheit der Befragten 41,7% zu, unter FPÖ-Sympathisant*innen 63,4%. Der Ansicht, dass die „*Diskussion über den Holocaust beendet werden*“ sollte, stimmten in der Gesamtheit 36% voll und ganz oder überwiegend zu, unter FPÖ-Sympathisant*innen 60,8%. Und auch die Meinung, Österreich solle einen „*Führer haben, der Österreich mit starker Hand regiert*“, stimmten in der Gesamtheit 13,9% (von diesen 7% voll und ganz) zu, unter FPÖ-Sympathisant*innen lag dieser Wert bei 28,1% (von denen 15,4% voll und ganz zustimmten).

Auch unter den FPÖ-Sympathisant*innen ist den Daten des „ADL-Demokratieradars“ zufolge eine Mehrheit für die Demokratie und gegen einen starken Mann eingestellt. Es gibt aber einen eindeutigen Zusammenhang: In der politischen Rechten ist häufiger eine klare Demokratiefeindlichkeit zu beobachten, die auf ein rechtsextremes Bedrohungspotential für die Demokratie hinweist, das es zu messen gilt, das aber bisher selten gemessen wurde.

Autoritarismus, nationale Geschichtsbilder und demokratische Disposition (WIAB)

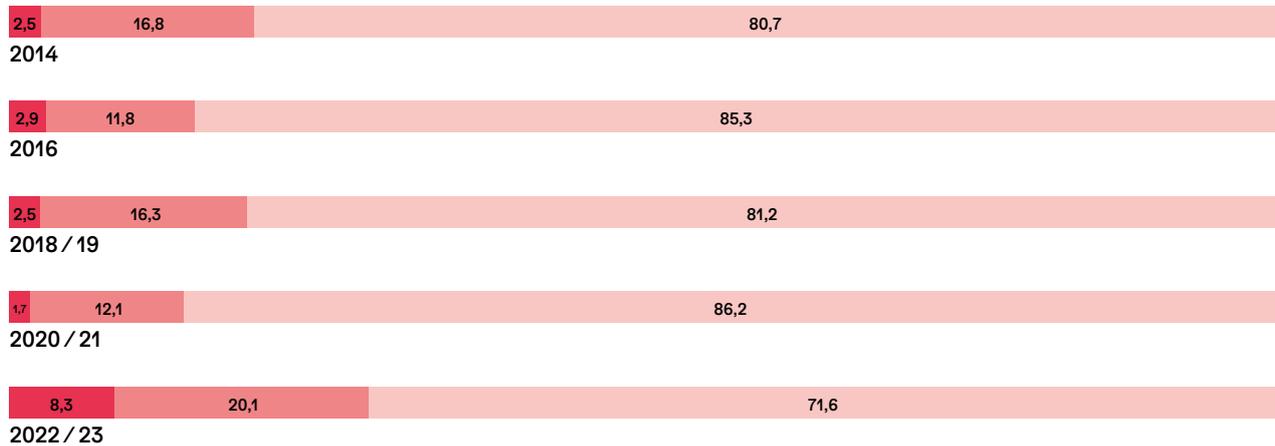
In der „WIAB-Autoritarismus-Studie“ stehen Ländervergleiche zu autoritären Einstellungen im Vordergrund. Im Tabellenband zu Österreich wird die politische Einstellung als ideologische Selbsteinstufung erhoben und zu allen Items und Item-Batterien ausgewiesen. Der Aussage „*Die Demokratie ist die beste Regierungsform, auch wenn sie Probleme mit sich bringen mag*“ stimmen in dieser Erhebung in Österreich 2022 51 % sehr und 28 % eher zu, somit also gerundet 79 %.²⁷ Nach ideologischer Selbsteinstufung zeigt sich ein deutliches Links-Rechts-Gefälle: Bei Menschen, die sich als „links“ definieren, liegt die Zustimmungsrate bei 87,6 %, bei sich als „eher links“ Verstehenden sogar bei 91,7 % – während auf der anderen Seite bei „eher rechts“ 79,3 % der Befragten und bei der Selbsteinstufung als „rechts“ nur mehr 63,4 % zustimmen.²⁸ Ähnlich deutliche Unterschiede zeigen sich bei allen anderen Fragen, etwa jener nach dem „starken Führer“. Der Aussage „*Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um ein Parlament und Wahlen kümmern muss.*“ wird unter allen österreichischen Befragten von 6 % sehr, von 10 % eher zugestimmt.²⁹ Befragte mit niedrigerem Bildungsabschluss und einem Einkommen, mit dem sie nach eigenen Angaben nur schwer auskommen, zeigen sich hier überdurchschnittlich autoritär (wenn auch mehrheitlich nicht autoritär). In Bezug auf die ideologische Selbsteinschätzung zeigt sich wiederum ein deutlicher Zusammenhang von politischer Grundeinstellung und Autoritarismus: Menschen mit „linker“ Selbsteinschätzung stimmen zu 13,8 %, mit „eher linker“ Selbsteinschätzung zu 8,2 %, mit Einstufung „Mitte“ zu 16,9 %, mit Selbsteinschätzung „eher rechts“ zu 15,5 % und mit Einstufung „rechts“ zu 48,5 % dem Wunsch nach einem „starken Führer“ zu.³⁰ Das präventive Einsperren von potentiell gefährlichen Menschen, ein autoritärer Klassiker der Punitivität oder Straflust als Beispiel autoritärer Aggression, stimmen insgesamt 45 % zu – auch hier steigt die Zustimmung mit der politischen Selbsteinschätzung nach rechts hin deutlich an: mit Einstufung „rechts“ sind es 71,2 %.³¹ In allen anderen Fragen zeigt sich, dass Menschen mit einer Selbsteinschätzung als politisch rechts stehend autoritärere Einstellungen zeigen – sie finden Gewalt zu einem höheren Anteil als Menschen anderer politischer Selbsteinschätzungen legitim, haben weniger Vertrauen in Medien, Wissenschaft und politische Institutionen wie Parlament und Regierung, sind öfter antisemitisch und antimuslimisch eingestellt und neigen stärker zu Verschwörungsdarstellungen, wobei etwa 82,2 % mit Einstufung rechts der Mitte der Meinung sind, dass Menschen in den Medien systematisch belogen werden.³²

B2 „Deutsche Zustände“: Rechtsextremismussmessung in Deutschland

Einige wenige österreichische Studien, so vor allem die „SORA-Extremismusstudie“,³³ beziehen sich stärker auf vergleichbare Studien in Deutschland, insbesondere die „Mitte-Studie“ der *Friedrich-Ebert-Stiftung* wie auch die „Leipziger Autoritarismus-Studie“, die seit 2018 von der Universität Leipzig in Kooperation mit der Otto-Brenner-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung organisiert wird.

Die Mitte-Studien (Friedrich-Ebert-Stiftung)

Ziel der „Mitte-Studie“ war und ist es, politische Einstellungsverschiebungen zu erfassen: „Krisenzeiten sind Zeiten, in denen sich Menschen politisch bewegen und neu positionieren. Und diese Positionierung kann aus der Mitte heraus ‚nach rechts‘ verlaufen. Ob das passiert und was die Gründe sein könnten, ist das Hauptinteresse der Mitte-Studien.“³⁴ In anderen Worten geht es darum, das Mobilisierungspotential des Rechtsextremismus in der vermeintlichen gesellschaftlichen Mitte zu erfassen, indem Einstellungen über die Zeit gemessen werden. Zentral für die 2022er-Studie ist in Folge der Corona-Pandemie der Verweis auf die „verschachtelten Polykrisen“, die in der Bevölkerung stark wahrgenommen werden würden. Diese Krisenwahrnehmung und ihr Zusammenhang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit standen von Beginn an im Zentrum der analytischen Perspektive der „Mitte-Studien“, wie insbesondere Wilhelm Heitmeyer schrieb.³⁵ Gefühlte oder tatsächliche Bedrohungen würden im zunehmend autoritärer werdenden Kapitalismus von großen Teilen der Bevölkerung als Kontrollverluste empfunden – sowohl einer Person über ihre Biografie als auch einer Gesellschaft über die soziale Ordnung. Sozialpsychologische Folge sei, dass Menschen nach Versprechen suchten, diese Kontrolle wiederherzustellen – durch *Law & Order*, durch Hierarchien, durch den sozialen Ausschluss der „anderen“, kurz: durch gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Wenn Krisen als bedrohliche Kontrollverluste erlebt werden, steigen demnach autoritäre Aggressionen gegen vermeintlich schuldige Minderheiten, es steigt das Bedürfnis nach Unterwerfung unter eine starke Hand, es wird rigide an Althergebrachtem festgehalten.



■ Zustimmung ■ Graubereich ■ Ablehnung

Grafik 1: Anteil der Befragten der Mitte-Studien von 2014–2022/2023 mit „manifest rechtsextremem Weltbild“, dunkelrot eingefärbt (Quelle: Andreas Zick/Nico Mokros, Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte, in: Andreas Zick/Küpper/Mokros [Hrsg.], Die distanzierte Mitte, S. 53–89, hier: S. 71).

Gerade in Folge der Corona-Pandemie wirkte sich diese verallgemeinerte Krisenwahrnehmung politisch-kulturell in einem massiven Rechtsruck aus:

„Die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen steigt in der Mitte der Gesellschaft. [...] Ebenso steigt der Anteil an Antworten im Graubereich zu der völkisch-nationalistischen Ideologie. Zugleich sinkt der Anteil an Menschen in der Mitte, die rechtsextreme Einstellungen klar und deutlich ablehnen, auch wenn die Mehrheit der Befragten den Rechtsextremismus ablehnt. Die Demokratie steht mit Blick auf den Rechtsextremismus der Mitte größeren Herausforderungen gegenüber als vor zwei Jahren oder noch früher. Deutschland ist mit mehr Rechtsextremismus aus der Coronakrise gekommen – und damit in die nächsten Krisen hineingegangen. Das Land kann zwar auf eine absolute Mehrheit einer nicht rechtsextremen Mitte bauen, aber diese Mitte schrumpft.“³⁶

In ihrer Definition von Rechtsextremismus setzt die „Mitte-Studie“ Gewalt und Billigung von Gewalt zentral als zweites wesentliches Merkmal neben Ungleichwertigkeitsvorstellungen, in ihrer Operationalisierung des Rechtsextremismus folgt die „Mitte-Studie“ in 18 „Core Items“ der Ansicht, Rechtsextremismus setze sich aus sechs Dimensionen zusammen: Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur, „Nationalchauvinismus“, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus.³⁷ Für 2022 gelte: Die Befürwortung einer Diktatur nehme zu und habe sich im Vergleich zu zwei Jahren davor verdreifacht. Geschichtsrevisionismus werde von 4 % der Befragten vertreten, Fremdenfeindlichkeit habe stark zugenommen. Auch in Bezug auf den Antisemitismus ließe sich – und das vor den Ereignissen des 7. Ok-

tober 2023 und ihren Folgen – eine Steigerung feststellen und sagen, dass „die Einstellungen in der Bevölkerung einen ansteigenden Trend bei antisemitischer Hetze und antisemitischen Taten“³⁸ widerspiegeln. Insgesamt weisen der „Mitte-Studie“ zufolge 8 % der deutschen Bevölkerung ein „manifest rechtsextremes Weltbild“ auf – eine erhebliche Steigerung, konkret eine Verdrei- bis Vervielfachung der Werte der „Mitte-Studien“ vergangener Jahre (siehe Grafik 1).³⁹

Über die Hälfte der Befragten mit manifest rechtsextremem Weltbild, nämlich 55 %, würde sich dabei selbst in der politischen Mitte verorten, die insgesamt kleiner geworden sei. Die, die sich rechts verorten, stimmen rechtsextremen Einstellungen wenig überraschend am häufigsten zu, aber sogar 12 % der sich als links Definierenden würden rechtsextreme Einstellungen aufweisen. In Bezug auf die Parteipräferenzen ist der Studie zufolge ein Viertel der AfD-Sympathisant*innen als manifest rechtsextrem zu qualifizieren.⁴⁰ Soziodemografisch sind die bekannten Zusammenhänge (geringe Bildung und geringes Einkommen korrelieren mit einer Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungen) 2022 weniger stark ausgeprägt als in vergangenen Jahren, rechtsextreme Einstellungen kämen überall vor und seien „in der Breite der Bevölkerung vertreten [...], aber eben in unterschiedlicher Ausprägung“.⁴¹ Relativ neu zu beobachten sei, dass auch jene mit mittlerem Bildungsniveau vermehrt rechtsextreme Einstellungen zeigen würden. Nach subjektiver Selbsteinschätzung der Schichtzugehörigkeit sind jene mit der Angabe „Unten“ häufiger rechtsextrem eingestellt als jene mit der Selbsteinschätzung „Mitte“ und vor allem „Oben“, doch sei auch hier zu konstatieren, „dass ein manifest rechtsextremes Weltbild in ähnlichem Ausmaß unter Befragten aller Schichten verbreitet ist“.⁴²

Leipziger Autoritarismusstudie

Aus den „Mitte-Studien“ ging auch die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ hervor, die von Oliver Decker und Elmar Brähler (*Else-Frenkel-Brunswik-Institut* an der Universität Leipzig) in Kooperation mit der *Otto-Brenner-Stiftung* und der *Heinrich-Böll-Stiftung* regelmäßig durchgeführt wird. In der jüngsten Umfrage wurden 2.522 Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit zwischen 16 und 91 Jahren zwischen Anfang März und Ende Mai 2022 befragt.⁴³ Kern ist der „Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form“ (LEZ), der in mehrfach randomisierter Auswahl in Haushalten in seinem soziodemografischen Teil durch eine*n Interviewende*n gestellt und zu inhaltlichen Fragekomplexen selbständig ausgefüllt wird, um Effekte der sozialen Erwünschtheit zu minimieren. Rechtsextremismus definieren Oliver Decker et al. als „ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“⁴⁴ Wesentliches Ergebnis der Studien ist, dass Ungleichwertigkeitsvorstellungen nicht auf den Rand der Gesellschaft begrenzt, sondern in der gesamten Gesellschaft zu finden seien.⁴⁵

Gemessen wird der Rechtsextremismus auch in Leipzig in 18 Aussagen zu den oben erwähnten sechs Dimensionen – es sind Fragen zur Diktatur als vermeintlich besserer Staatsform, zu Hitler, den man ohne Judenmord als Staatsmann feiern würde, zur „notwendigen“ Durchsetzung des Stärkeren wie in der Natur, zum angeblich zu großen Einfluss der Juden oder zur natürlichen Überlegenheit der Deutschen gegenüber anderen „Völkern“, zur Unterscheidung in „wertvolles und unwertes Leben“, und zum Nationalsozialismus, der dem Statement nach auch seine guten Seiten gehabt habe.⁴⁶ Schon in dieser kurzen Aufzählung fällt auf, dass viele Items in geradezu nationalsozialistischer Terminologie verfasst sind oder sich auf originäre NS-Ideologie beziehen. Auch der Antisemitismus, der in die Definition von Rechtsextremismus einfließt, ist der „traditionelle“ Antisemitismus, der als rechter Antisemitismus bestimmt und von neueren Formen offenbar trennscharf unterschieden wird. Würde man andere Formen in die Definition aufnehmen, ergäben sich andere Zahlen. Im Ergebnis ist somit im Langzeitverlauf insbesondere in Ostdeutschland ein Abnehmen des solcherart definierten Rechtsextremismus zu erkennen⁴⁷ – das wohl mehr das Abnehmen der traditionellen (insbesondere neonazistischen) Erscheinungsformen von Rechtsextremismus misst als die zugrundeliegenden (sozial-)psychologischen Ursachen. Das verdeutlicht ein Blick auf andere Dimensionen: Stark schwankend und teils zunehmend verhält sich etwa die Zustimmung zu Ethnozentrismus und Chauvinismus.

Am Ende steht dann die Nachricht, dass ein „geschlossen rechtsextremes Weltbild“ soziodemografisch nicht klar zuordenbar, aber ein Minderheitenphänomen sei. „Im Westen beobachten wir einen weiterhin anhaltenden Trend, der Anteil der Personen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild ist inzwischen auf 2,9 % zurückgegangen. Für Ostdeutschland zeigen sich im Langzeitverlauf deutliche Schwankungen von 8,0 % (2002) über 15,8 % (2012) und 9,5 % (2020) bis hin zu nur 2,1 % (2022). Die bereits in den einzelnen Dimensionen der Neo-NS-Ideologie zu verzeichnenden Rückgänge führen auch beim geschlossen rechtsextremen Weltbild zu einem Rückgang. Insgesamt hat diese Ideologie zur Legitimation der Ressentiments in der Bevölkerung aktuell an Bedeutung verloren.“⁴⁸

B3 (Rechts-)Extremismus in Österreich

Ziel der SORA-Extremismusstudie, die in puncto Vergleichbarkeit für die vorliegende Studie am wesentlichsten ist, war es, „einen Überblick über das Ausmaß unterschiedlicher (potenziell) extremistischer Einstellungsmuster in der österreichischen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren zu bieten, verstärkende Effekte zu identifizieren und einen Einblick in die Dynamiken zu bieten. Dazu untersucht die Studie Einstellungen in Bezug auf Rechtsextremismus, religiösen Fundamentalismus sowie Corona-Verschwörungserzählungen.“⁴⁹ Rechtsextremismus galt den Studienautor*innen als eine von drei Extremismusvarianten, die theoretisch mit fünf Risikofaktoren zusammenhängen würden: *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)*, die etwa bei der Hälfte der Befragten gegenüber Arbeitslosen oder Muslimas/Muslime festgestellt wurde, *Demokratieskepsis*, gemessen als mangelndes Vertrauen in das österreichische Parlament, *Antisemitismus*, der latent oder manifest vertreten werden könne, *Gewaltbereitschaft*, die bei einem Zehntel der Befragten zu beobachten sei, und *berichtetes extremistisches Verhalten* wie die Teilnahme an einschlägigen Kundgebungen.

In der Operationalisierung des Rechtsextremismus greifen die Autor*innen allerdings auf deutsche Einstellungsmessungen zurück. Rechtsextremismus wird demnach als Syndrom, d. h. als Bündel von Merkmalen verstanden, die ein*e Befragte*r gleichzeitig an den Tag legen müsse: „Variablen zu Chauvinismus, Sozialdarwinismus, zu dem ‚klassischen‘ autoritären Syndrom (autoritäre Aggression, autoritäre Unterwerfung sowie Konventionalismus

[...]), zur Befürwortung einer Diktatur, zur Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie zur sozialen Dominanzorientierung. Die soziale Dominanzorientierung beschreibt die Annahme einer ‚natürlichen‘ gesellschaftlichen Hierarchie, in der sich die Vertreter:innen selbst oben verorten, sie ist ein Ausdruck der Sicherung bestehender Privilegien.“⁵⁰

Diese Dimensionen, die wie in den deutschen Umfragen gleichzeitig vorliegen müssen, um von einem rechtsextremen Einstellungssyndrom zu sprechen, fokussieren damit ebenso auf „klassische“ Erscheinungsformen des Rechtsextremismus.

Grafik 2 zeigt die sechs Fragen, die in der SORA-Extremismusstudie Rechtsextremismus messen sollten – die allerdings nicht die theoretisch formulierten sechs Dimensionen widerspiegeln, sondern Sozialdarwinismus und Autoritarismus messen.

Das Fazit der Autor*innen fällt dementsprechend ähnlich aus wie jenes aus Leipzig: „Die Verbreitung von manifest eingestellten Rechtsextremen in Österreich ist äußerst gering: Insgesamt 2 % der Menschen in Österreich stimmen allen genannten Ausprägungen zumindest ziemlich zu und vertreten sozialdarwinistische, chauvinistische, von sozialer Dominanz und autoritärer Unterwerfung geprägte Ansichten, die sich darüber hinaus durch Konventionalismus und autoritäre Aggression auszeichnen. Weiter verbreitet sind latente rechtsextreme Einstellungsmuster: Mit 23 % stimmt rund ein Viertel den genannten Ausprägungen zumindest teilweise zu.“⁵¹ Die Gruppe sei in soziodemografischer Hinsicht älter (meist über 60 Jahre alt) und habe selten Matura – Angaben, die wohl ebenso Folge der auf die NS-Ideologie enggeführten Rechtsextremismus-Definition sind.

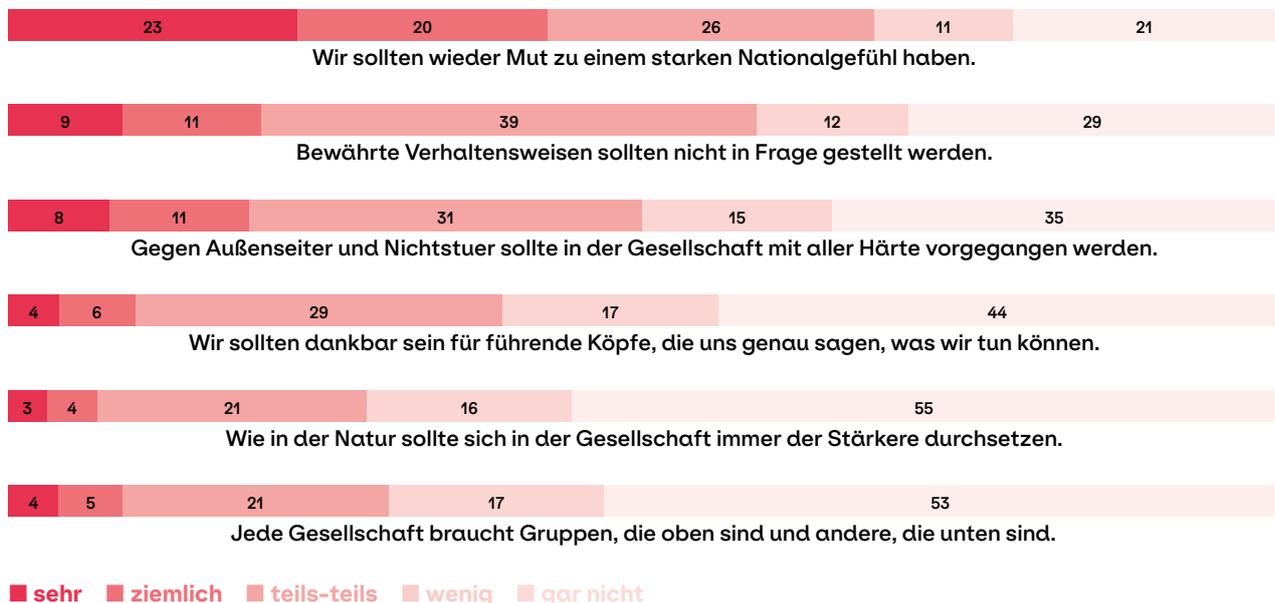
Kritische Nachbetrachtung

Der kurze Überblick über rezente Langzeit- und Einzelstudien zu Autoritarismus und Rechtsextremismus in Deutschland und Österreich sollte bisherige Messungen thematisieren und das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer in der deutschsprachigen Forschung kontextualisieren. Zentrales Ergebnis dieser Studien ist, dass ihre Autor*innen Rechtsextremismus für ein Minderheitenphänomen halten, das allerdings auf den Resonanzraum eines relativ großen schweigenden Bevölkerungsanteils mit potentiell rechtsextremen Einstellungsmustern treffe.

Zahlreiche Messungen, insbesondere in der Formulierung einzelner Items, übernehmen wir in unserer Studie, einige davon, wie unten diskutiert wird, formulieren wir für den österreichischen Kontext leicht um.⁵² Gleichzeitig legen wir im DÖW-Rechtsextremismus-Barometer im Detail andere Definitionen und Operationalisierungen an, die sich aus der kritischen Betrachtung der zitierten Studien und aus der Begriffsarbeit des DÖW ergeben. Insgesamt wollen wir vier Kritikpunkte formulieren.

Erstens ist die Verwendung eines allgemeinen Extremismus-Begriffs unseres Erachtens zur sozialwissenschaftlichen Messung einer spezifischen Ideologie des Rechtsextremismus ungeeignet, weil sie diese an Formalismen misst und sie damit um ihre ideologischen Inhalte bringt. Der deutsche Politikwissenschaftler Peter Neumann qualifizierte etwa Einstellungen, die „sowohl politische Vorstellungen und Zielsetzungen umfassen, die den grundlegenden Werten einer Gesellschaft diametral gegenüberstehen, als auch die Mittel, welche Akteur:innen zur Durchsetzung eben jener Vorstellungen anwenden“⁵³, als „extremistisch“. Welche Vorstellungen allerdings verfolgt werden, ist für die Definition eines spezifischen Extremismus nicht nebensächlich. Die autoritäre Herstellung einer als natürlich verstandenen Ungleichheit zwischen Menschengruppen impliziert zum Beispiel einen anderen Grad an Gewaltlatenz als etwa eine nach dieser Definition extreme Position von Klima-Aktivist*innen. Das Problem

Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in Österreich (SORA, Angaben in Prozent)



Grafik 2: Verbreitung von rechtsextremen Einstellungen in Österreich, Angaben in Prozent aller Befragten (n=1.977; Quelle: SORA).

von Neumanns Definition ist also, dass unbestimmt bleibt, was die grundlegenden Werte einer Gesellschaft sind und wer sie wann definiert. Jede Abweichung vom Mittelwert als Norm wird dann per se potentiell als „extremistisch“ eingestuft, ergänzt durch die Gewaltbereitschaft als definitorischen Teil einer verallgemeinerten und daher ihrer ideologischen Komponenten entkleideten Extremismus-Definition.

Zweitens konfliktieren analytische Definitionen zuweilen mit normativen Annahmen. Als grundlegende Kritik an der Konzeption der „Mitte-Studien“ wäre insofern anzubringen, dass sie eine gesellschaftliche Mitte annehmen, „die fähig sein sollte, sich von extremistischen Rändern abzugrenzen“.⁵⁴ Das impliziert, dass die Mitte selbst frei von Extremismus sei. Diese Annahme war in der amerikanischen Politikwissenschaft früh Gegenstand von Kritik.⁵⁵ Defensiv wird in der Studie zwar darauf hingewiesen, dass es nicht um ein politisches Selbstverständnis als Mitte oder eine ökonomische Mittelschicht gehe, sondern um eine an der Demokratie orientierte Mitte⁵⁶ – das ist allerdings eine normative Setzung. Die „Mitte“ ist auf diese Weise nicht nur Forschungsobjekt, sondern auch handelndes Kollektivsubjekt – sie sei gefordert, „sich zu positionieren und von ihren extremistischen Rändern, die sie in Teilen selbst produziert, zu distanzieren“.⁵⁷ In den „Mitte-Studien“ ging es von Beginn an neben der Herausbildung rechtsextremer Einstellungen um das Bild des „Eindringen[s] und Reaktivieren[s] von rechtsextremen Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft“.⁵⁸ Gerade das ist aber schlicht ein Ding der Unmöglichkeit, wenn die Mitte als an der Demokratie orientiert definiert wird – denn dann wird sie vielleicht kleiner, kann aber per definitionem nicht antidemokratisch werden.

Die grundlegendste Kritik besteht aber für alle Studien *drittens* darin, dass der Rechtsextremismus definitiv auf seine (neo-)nazistische Version verengt wird. Das wird sehr deutlich, wenn in der „Mitte-Studie“ von neueren Erscheinungsformen die Rede ist. „Dies war begleitet von der Bildung neuer ideologischer Gruppen, die nicht mehr einfach als rechtsextrem oder rechtspopulistisch bezeichnet werden können; am ehesten völkisch, autoritär, rebellisch, wie wir es in der Mitte-Studie 2020/21 erkennen konnten, aber auch mit linken und esoterischen Anhänger:innen.“⁵⁹ Das ist unseres Erachtens irreführend, denn autoritär und rebellisch gab sich der Rechtsextremismus immer schon, auch die Verbindung zu Esoterik ist nicht neu. Aktuellen Rechtsextremismus also nicht als Rechtsextremismus bezeichnen zu können, ist eine konzeptionelle Entscheidung. Wichtig scheint uns insofern, Rechtsextremismus per se nicht mit seinen historisch spezifischen Erscheinungsformen zu verwechseln, etwa dem holocaustleugnenden Revisionismus oder Südtirol-Rechtsterrorismus der 1960er Jahre oder den Skinhead-Gruppen der 1990er Jahre. Eine sehr eng gezogene Definition von „Rechtsextremismus“ (mit Ausnahme der jüngsten „Mitte-Studie“) zeitigt dann ein niedriges Ergebnis von etwa 2 %

der Befragten, die als „manifest rechtsextrem“ definiert werden, während die „latente“ Zustimmung von 23 % sehr breit ausgelegt wird, wenn wie bei der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ die Antwort „teils-teils“ als latente Zustimmung interpretiert wird. Im Ergebnis scheint uns das Konstrukt Rechtsextremismus in diesen Definitionen zu eng, die Interpretation der Latenz aber zu breit gefasst zu sein. Angesichts dessen, dass zwischen 60 % und 70 % der Bevölkerung Rechtsextremismus als Bedrohung wahrnehmen, ganz zu schweigen von der Gefahrenanalyse des Verfassungsschutzes, sind die niedrigen Ergebnisse, d. h. (mit Ausnahme der jüngsten „Mitte-Studie“) die Identifikation einer Gruppe von 2 % bis 3 % manifest rechtsextrem Eingestellter, die damit als kleiner als die Zahl religiöser Fundamentalist*innen eingeschätzt wird, überraschend. Inhaltlich hat eine enge Definition von Rechtsextremismus zu Folge, dass eher alte Erscheinungsformen gemessen werden, wie insbesondere anhand der Verharmlosung des Nationalsozialismus als notwendige Bedingung zu ersehen ist. Neuere Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, nicht zuletzt auch des (post-)migrantischen Rechtsextremismus wie im Falle der „Grauen Wölfe“, müssen und können aber wohl nicht über ihr Verhältnis zum (autochthonen) Nationalsozialismus bestimmt werden. Auch die notwendige Bedingung des Antisemitismus als Bestandteil des Rechtsextremismussyndroms, noch dazu in seiner „traditionellen“ Form, scheint uns eine unnötige und angesichts der Verbreitung antisemitischer Einstellungen über alle politischen Ideologien hinweg ungerechtfertigte Engführung zu sein: Befragte, die Antisemitismus-Items nicht zustimmen, aber die in Tabelle 1 wiedergegebenen Fragen antidemokratisch beantworten, würden nicht als rechtsextrem eingestuft.

An sich weite und auch theoretisch gerechtfertigte Definitionen, die Ungleichwertigkeitsvorstellungen ins Zentrum rücken,⁶⁰ werden in der Operationalisierung phänotypisch verengt, wenn auf das gleichzeitige Vorliegen von Chauvinismus, Diktaturaffinität, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und insbesondere Verharmlosung des Nationalsozialismus abgezielt wird. In dem im Folgenden vorgestellten DÖW-Rechtsextremismus-Barometer gehen wir daher anders vor.

C Das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer: Rechtsextreme Einstellungen in Österreich

Das DÖW-Rechtsextremismus-Barometer wurde in einer Online-Befragung (CAWI) realisiert, die von Ende April 2024 bis Ende Mai 2024 durchgeführt wurde. Die Stichprobe, die einem Online-Access-Panel des Meinungsforschungsinstituts *marketagent* entstammt, umfasst 2.198 Menschen, die nach Alter, Geschlecht, Bundesland und Bildung repräsentativ für die österreichische Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren gesampelt wurden. Im Vergleich zu Face-to-face- oder Telefoninterviews kann davon ausgegangen werden, dass die Effekte sozialer Erwünschtheit beim Ausfüllen des Fragebogens kleiner sind, sensible Fragen also online wahrheitsgetreuer beantwortet werden. Die Fragebogenkonstruktion wurde durch einen eigens aufgesetzten wissenschaftlichen Beirat unterstützt, dessen Rückmeldungen in die Auswahl, Formulierung und Anordnung der Items eingeflossen sind.⁶¹ Der fertige Fragebogen wurde vom Institutional (Ethical) Review Board der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Wien begutachtet und als ethisch unbedenklich eingestuft. Er enthielt zwei Fragen, die als Aufmerksamkeitschecks dienten, um unaufmerksame Teilnehmer*innen zu identifizieren. Jene Respondent*innen, die beide Fragen falsch beantworteten (n=205), wurden in der Auswertung der Untersuchung ausgeschlossen. Die tatsächlich untersuchte Stichprobe umfasst somit 1.993 Personen. Für die folgenden Analysen wurden die Daten gewichtet, und zwar nach Geschlecht, Alter, Bildung, Bundesland, Familienstand, Gemeindegröße, Erwerbstätigkeit und Berufstätigkeit, sowie den gekreuzten Verteilungen von Alter und Geschlecht, Bildung und Geschlecht sowie Bildung und Alter, gemäß der Verteilung der österreichischen Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren (siehe Annex).⁶²

C1 Rechtsextreme Einstellungen in der österreichischen Gesamtbevölkerung und Kurz- skala „ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen“

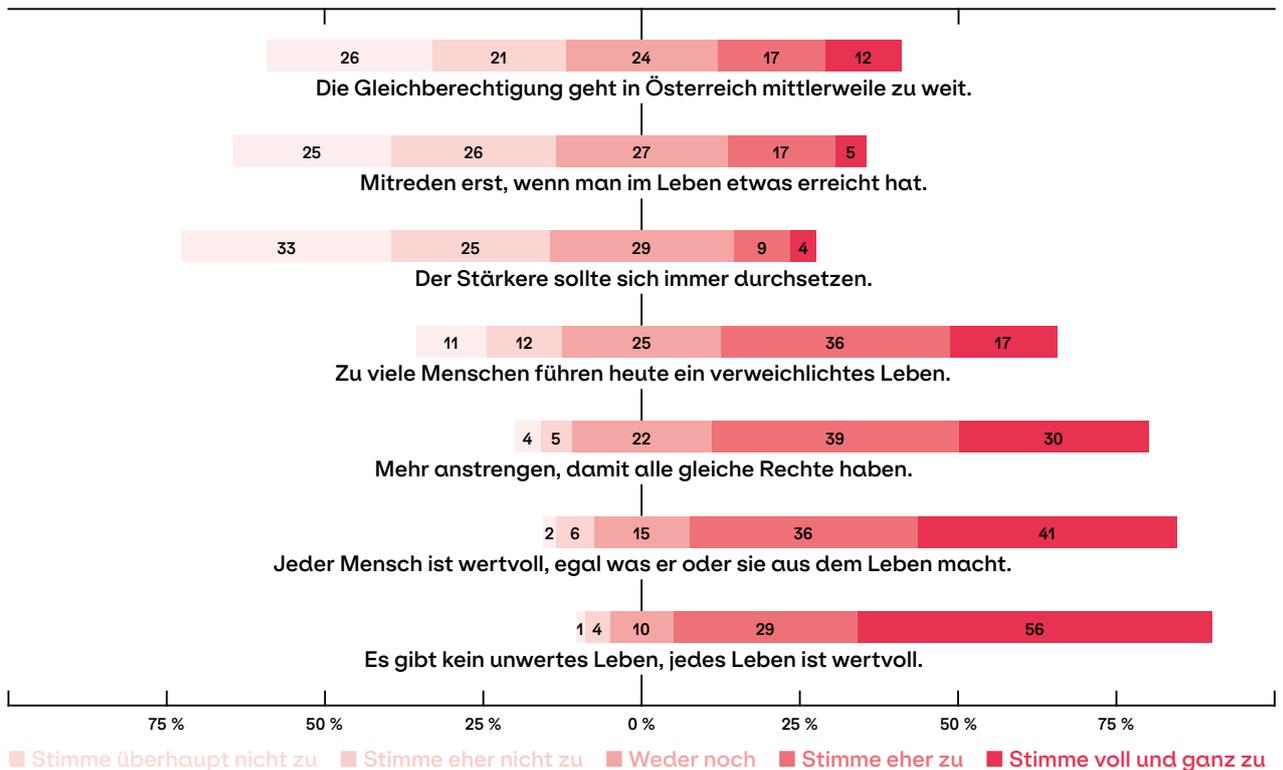
Um einen Überblick über die Nachfrage nach rechtsextremem Angebot in der österreichischen Wohnbevölkerung zu schaffen, werden im Folgenden zunächst die univariaten Verteilungen der Antworten zu den Fragen entlang der drei zuvor erwähnten Dimensionen („Antiegalitarismus“, „Volksgemeinschaftsdenken/Ethnozentrismus“ und „Autoritarismus“) anhand von Balkendiagrammen deskriptiv dargestellt. Rundungsbedingt summieren sich die Balken in Einzelfällen nicht auf 100 %. In weiterer Folge wurde die Kurzskaala „ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen“ gebildet, die jene Respondent*innen markiert, die eine höhere Wahrscheinlichkeit für rechtsextremes Antwortverhalten aufweisen. Bei ausgewählten Grafiken wird das Antwortverhalten ebendieser zusätzlich ausgewiesen und der Gesamtbevölkerung gegenübergestellt.

Die Kurzskaala „ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen“ wurde aus sechs Items gebildet, wobei jeweils zwei Items aus jeder der drei Dimensionen ausgewählt wurden. Bei der Auswahl wurde auf in ihren Äußerungen besonders extreme Items geachtet. Bei manchen Items können mehr Befragte der rechtsextremen Position zustimmen, weil die Aussagen nicht als extrem wahrgenommen werden, wohingegen bei anderen Items nur ein sehr geringer Prozentsatz der Befragten der rechtsextremen Position zustimmen möchte. Bei Letzteren kann davon ausgegangen werden, dass diese Items „radikaler“ sind. Für die Kurzskaala wurden ausschließlich solche „radikalen“ Items gewählt, bei denen nur ein geringer Prozentsatz der Befragten der rechtsextremen Position zustimmt (oder zustimmen möchte). Jene etwa 10 % der Befragten (n=191 bzw. 9,58 %), die bei mindestens vier der sechs radikaleren Items zustimmen, werden im Folgenden als „Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen“ bezeichnet.

Antiegalitarismus – nicht alle Menschen sind gleich (viel wert)

Rechtsextremismus betrachtet die Gesellschaft als hierarchisch geordnet und postuliert zwei Arten von Ungleichheit. Erstens bestehe eine Ungleichheit zugunsten der Führungseliten, zweitens eine zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, basierend auf unterschiedlichen Kategorien wie Alter, Geschlecht, Ethnie, Nationalität etc. Zum Beispiel sollten ältere Menschen oder Männer mehr zu sagen haben als Junge oder Frauen.

Die Vormachtstellung von (alternativen) Führungseliten impliziert eine unkritische Unterwerfung und kennzeichnet das autoritäre Element des Rechtsextremismus. Der Wille zur Unterwerfung ist eng verwandt mit dem Autoritarismus, der unten vorgestellt wird. Die Vormachtstellung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Menschheit führt zur Derogation der untergeordneten Gruppen (z. B. Zugewanderte, Jüdinnen/Juden, Frauen, junge Menschen) und zur Überhöhung der dominierenden Gruppen (z. B. Ethnozentrismus, *old white guys*) und wird unten weiterverfolgt.



Grafik 3: Soziale Dominanzorientierung versus egalitäres Denken. Angaben in Prozent aller Befragten, Daten sind gewichtet.

Beiden Fällen von Ungleichheitsdenken liegt die grundsätzliche Annahme zugrunde, dass nicht alle Menschen gleich viel wert sind. Diese Grundidee wird in der vorliegenden Studie durch das Konzept der Sozialen Dominanzorientierung (SDO) operationalisiert.⁶³ Diese misst die Stärke der Präferenz eines Individuums für eine hierarchisch geordnete Gesellschaft. Menschen mit einem hohen Maß an SDO präferieren eine möglichst hierarchische Gesellschaftsordnung, wohingegen Menschen mit einem geringen Maß an SDO eher Gleichheit zwischen allen Menschen und flache Hierarchien bevorzugen. Einige der oben besprochenen Studien in Deutschland und Österreich verwenden ebenfalls Fragen zu SDO für ihre Messung rechtsextremer Einstellungen.

Für die vorliegende Studie wurde SDO durch Zustimmung zu oder Ablehnung von sieben Aussagen operationalisiert, wovon, um möglicher Akquieszenz vorzubeugen, jeweils vier Aussagen positiv und drei Aussagen negativ formuliert wurden. Zustimmung zu den folgenden vier Fragen bedeutet eine Präferenz für Soziale Dominanzorientierung: „Die Gleichberechtigung geht in Österreich mittlerweile zu weit“;⁶⁴ „Mitreden und mitentscheiden sollte man erst,

wenn man im Leben etwas erreicht hat“;⁶⁵ „Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen“;⁶⁶ „Zu viele Menschen führen heute ein verweichlichtes Leben“ (neu eingeführtes Item). Andererseits bedeutet Zustimmung zu den folgenden drei Fragen eine Präferenz für Egalitarismus: „Wir sollten uns mehr anstrengen, damit alle Menschen die gleichen Rechte haben“;⁶⁷ „Jeder Mensch ist wertvoll, egal was er oder sie aus seinem oder ihrem Leben macht.“ (ein negativ formuliertes Gegenitem zu obigem European-Values-Study-Item), „Es gibt kein unwertes Leben, jedes Leben ist wertvoll.“ (ein negativ formuliertes Gegenitem aus der „Leipziger Autoritarismus-Studie“).⁶⁸ In Grafik 3 sind die Verteilungen der Zustimmung zu den einzelnen Fragen dargestellt.

Das Balkendiagramm zeigt sehr deutlich, dass die österreichische Wohnbevölkerung überwiegend egalitär eingestellt ist und nur ein geringer Prozentsatz eine soziale Dominanzorientierung aufweist. Bei drei der vier positiv formulierten Fragen stimmten zwischen 12 % und 29 % eher oder voll und ganz zu. Eine Ausnahme bildet das vierte Item („Zu viele Menschen führen heute ein verweichlichtes Leben“), bei dem mit 53 % mehr als die Hälfte zustimmte. Bei den drei negativ formulierten Items stimmten nur zwischen 4 % und 8 % eher oder überhaupt nicht zu und weisen somit eine erhöhte soziale Dominanzorientierung auf.

Die sieben Fragen laden, wenn man Akquieszenz berücksichtigt, im Wesentlichen alle auf denselben Faktor. Wenn man sie daher zu einem additiven Index zusammenfasst (Cronbachs $\alpha = 0.75$), der von 0 bis 10 angibt, wieviel soziale Dominanzorientierung jede und jeder im Durchschnitt aufweist (0–4 bedeutet eine Präferenz für Egalität, 6–10 bedeutet eine Präferenz für Dominanz, 5 weder/noch), so weisen die Respondent*innen im Durchschnitt einen Wert von 4 auf und lehnen daher Antiegalitarismus mehrheitlich ab. Oder, anders betrachtet, weisen nur etwa 6 % der Befragten eine Präferenz für eine antiegalitäre Gesellschaft auf. Das Histogramm in Grafik 4 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf dem additiven SDO-Index. Die rote Linie bei SDO=5 kennzeichnet den Mittelpunkt der Skala. Die Balken rechts der roten Linie kennzeichnen Respondent*innen mit höheren SDO-Werten, die Balken links der roten Linie kennzeichnen Respondent*innen mit egalitärer Einstellung.

Für den Rechtsextremismusindex wurden die Ablehnung der Aussage „Wir sollten uns mehr anstrengen, damit alle Menschen die gleichen Rechte haben“ und die Zustimmung zur Aussage „Der Stärkere sollte sich immer durchsetzen“ in die Kurzsкала zu Rechtsextremismus aufgenommen. Beide Items sind so extrem formuliert, dass nur verhältnismäßig wenige Respondent*innen eine Soziale Dominanzorientierung aufweisen. Von jenen, die hier eine antiegalitäre Einstellung aufweisen, kann daher angenommen werden, dass sie eher einer extremen Minderheit angehören.

Volksgemeinschaftsdenken und Ethnozentrismus

„Volksgemeinschaft“ war ein wesentliches Konzept im Nationalsozialismus, das sowohl vor als auch nach der NS-Zeit wesentliches Ideologem des Rechtsextremismus war.⁶⁹ Die „Volksgemeinschaft“ ist in dieser Imagination eine als „natürlich“ verstandene Gruppe, die Vormachtstellung genießt und berechtigt ist, andere Menschen, die nicht der „Volksgemeinschaft“ angehören (weil sie dem Prototypen

des „Volksgemeinschaftsmitglieds“ nicht ähnlich genug sind), zu diskriminieren. In der Sprache der Sozialen Dominanztheorie⁷⁰ dient das Konstrukt der Volksgemeinschaft einem hierarchie-legitimierenden Mythos, der die eigene Gruppe als den anderen Gruppen [anderen Völker, Rassen, Ethnien, Nationen, Anm.] überlegen darstellt. Diese Überlegenheit, die als naturgegeben postuliert wird, rechtfertigt die Abwertung anderer Gruppen.

In der Sprache der Sozialen Identifikationstheorie⁷¹ ist die „Volksgemeinschaft“ die *ingroup*, mit der sich die Mitglieder identifizieren können, um so ihr Selbstkonzept zu stärken. Dazu ist es wichtig, dass die *ingroup* sich von anderen als relevant erachteten Gruppen positiv abhebt.

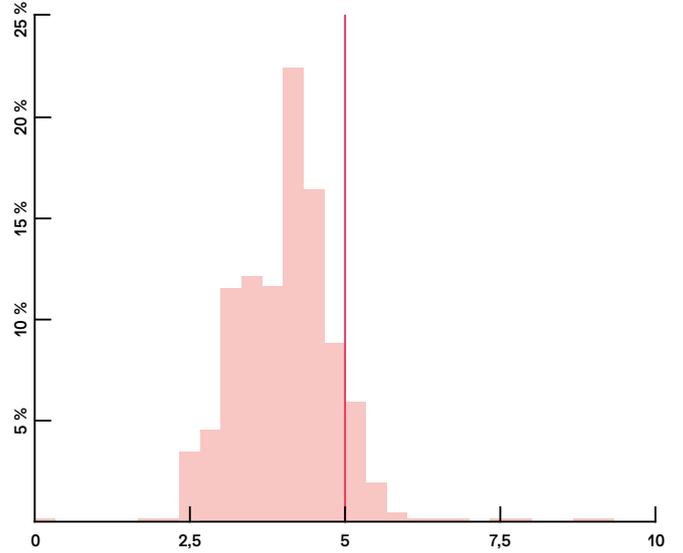
Beiden Theorien ist gemein, dass sich Menschen nicht so stark als Individuen wahrnehmen, sondern als Teil einer Gruppe, was ihnen – so die Gruppe Vormachtstellung genießt – Vorteile verschaffen kann. Es ist daher im Interesse der Gruppenmitglieder, alles zu tun, um den Status der eigenen Gruppe zu erhalten. So werden etwa unrühmliche Episoden aus der Vergangenheit negiert oder verklärt dargestellt.

Um die Zustimmung zu dieser komplexen Idee der ethnozentrierten „Volksgemeinschaft“ zu untersuchen, wurden für die vorliegende Studie drei Teilaspekte untersucht. Erstens wurde die Stärke der *ingroup* untersucht: Inwiefern ist die österreichische Bevölkerung bereit, in den Kategorien „Volk“, „Rasse“, „Nation“ und „Heimat“ zu denken, und wie homogen wird die *ingroup* „österreichisches Volk“ gedacht? Konkret wurde erfasst, wie positiv oder negativ die Befragten den Begriffen „Volk“, „Rasse“, „Nation“ und „Heimat“ gegenüberstehen und wie der prototypische Österreicher oder die prototypische Österreicherin aussehen sollte.

Des Weiteren wurde die Haltung gegenüber *outgroups* untersucht. Dazu wurde a) die Sympathie und Antipathie gegenüber unterschiedlichen Gruppierungen abgefragt (z. B. rechtsextreme Menschen, linksextreme Menschen, *Identitäre*, Klimaaktivist*innen etc.); b) die Bereitschaft, mit unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen (in der Nachbarschaft) in direkten Kontakt zu treten (z. B. Menschen anderer Hautfarbe, Homosexuelle, Rom*nja und Sinti*zze etc.); und c) die Bereitschaft, andere Gruppen (Zuwanderer*innen, Muslime/Muslimas, Juden/Jüdinnen) zu diskriminieren.

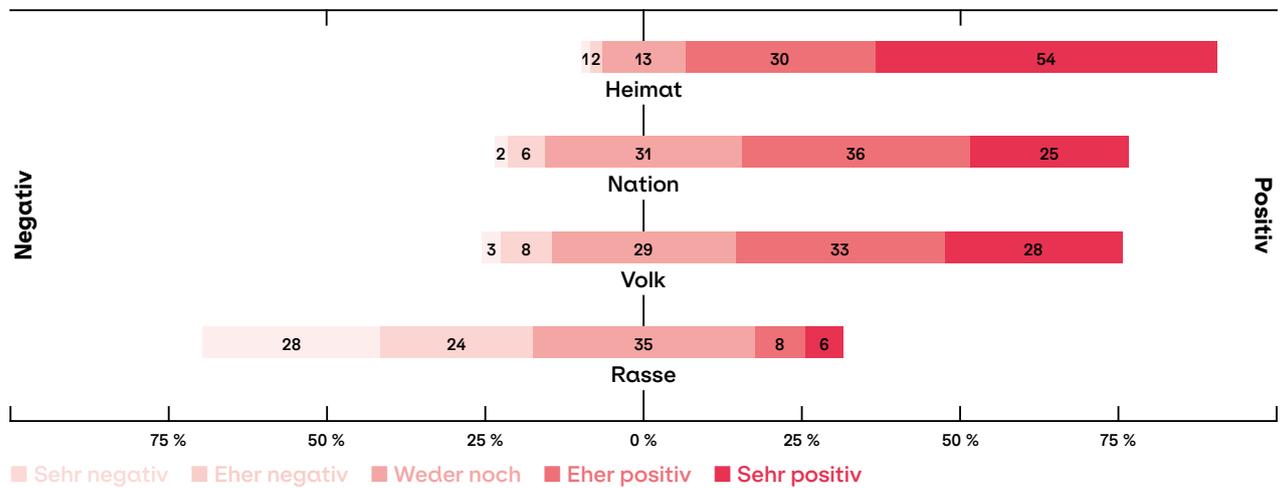
Zuletzt wurde der Glaube an legitimierende Mythen gemessen, die das diskriminierende Verhalten rechtfertigen oder sogar als Pflichterfüllung einfordern. Dazu wurden einerseits historische Verklärungsmythen abgefragt, die die Verbrechen des Nationalsozialismus relativieren, andererseits wurde die Bereitschaft, gängigen modernen Verschwörungstheorien anheimzufallen, erfasst, die neue angebliche Bedrohungsszenarien für die „Volksgemeinschaft“ schildern (wie z. B. einen „großen Austausch“ bzw. „Bevölkerungsaustausch“).

Soziale Dominanzorientierung (Angaben in Prozent)

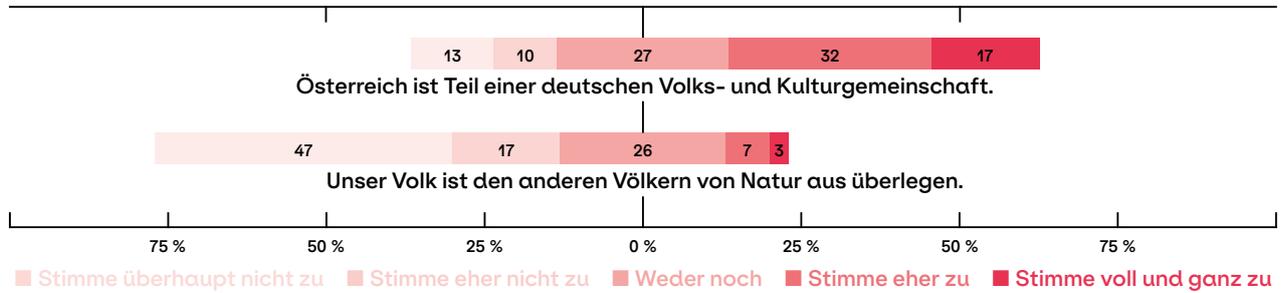


Grafik 4: Index Soziale Dominanzorientierung, Histogramm.

Wie positiv oder negativ sehen Sie die folgenden Begriffe? (Angaben in Prozent)



Grafik 5: Evaluierung der Begriffe „Heimat“, „Nation“, „Volk“, „Rasse“. Angaben in Prozent aller Befragten, Daten sind gewichtet.



Grafik 6: Zustimmung zu völkischen Ideen. Angaben in Prozent aller Befragten, Daten sind gewichtet.

Das österreichische Volk als *ingroup*

Wieviel Resonanz finden klassische völkische und identitätsstiftende Begriffe? Grafik 5 zeigt die Auswertung für verschiedene Begriffe. Die Begriffe „Volk“, „Nation“, und „Heimat“ werden überwiegend als unproblematisch wahrgenommen und von mehr als der Hälfte der Befragten als sehr oder eher positiv beurteilt (zwischen 61 % und 84 %) und von nur 4 % bis 11 % als sehr oder eher negativ. Die Beurteilungen dieser Begriffe korrelieren zwischen $r=0.5$ und $r=0.6$ (Pearsons Korrelationskoeffizient), was bedeutet, dass sie überwiegend von denselben Personen akzeptiert beziehungsweise abgelehnt werden.

Anders verhält es sich mit dem Begriff „Rasse“, der kritischer gesehen und von 52 % als sehr oder eher negativ, einem Drittel (35 %) als weder negativ noch positiv und 14 % als sehr oder eher positiv beurteilt wird. Bei jenen, die ausgeprägt rechtsextreme Einstellungen haben, liegt diese Zustimmung mit 37 % deutlich höher.

In zwei weiteren Fragestellungen wurde die völkische Idee noch weiter zugespitzt und es wurde die Zustimmung zu folgenden Aussagen erhoben: „Österreich ist Teil einer deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“ und „Unser Volk ist anderen Völkern von Natur aus überlegen“ (Grafik 6). Bei ersterer Aussage stimmt die Hälfte der Befragten (49 %) eher oder voll und ganz zu, circa ein Viertel (27 %) ist unentschieden, und ein weiteres Viertel (23 %) lehnt diese Idee ab. Letztere Aussage wird von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt (64 %), trifft aber immerhin bei 10 % auf offene Ohren. Innerhalb jener Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen findet diese Aussage jedoch bei 58 % Zustimmung. Ferner korreliert diese Einstellung mit der sozialen Dominanzorientierung der Respondent*innen bei $r=0.4$ (Pearsons Korrelationskoeffizient), was die vorbereitende Natur von SDO für rechtsextreme Ideen unterstreicht.

Schließlich wurde auch die Toleranz gegenüber Abweichungen von der *ingroup* abgefragt. Könne jemand ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein, wenn er oder sie zum Beispiel Österreich kritisiert oder nicht in Österreich geboren ist? Es wurden acht vermeintlich unpatrische Eigenschaften und Verhaltensweisen abgefragt, die in Grafik 7 dargestellt sind.

Am unbedeutendsten wird allgemein betrachtet die Abstammung angesehen. So geben 83 % bzw. 84 % der Befragten an, dass jemand ganz sicher oder unter Umständen ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein kann, wenn er oder sie keine österreichischen Vorfahren hat oder nicht in Österreich geboren ist. Ebenfalls relativ unproblematisch ist es für 82 % der Befragten, die österreichische Hymne nicht zu können.

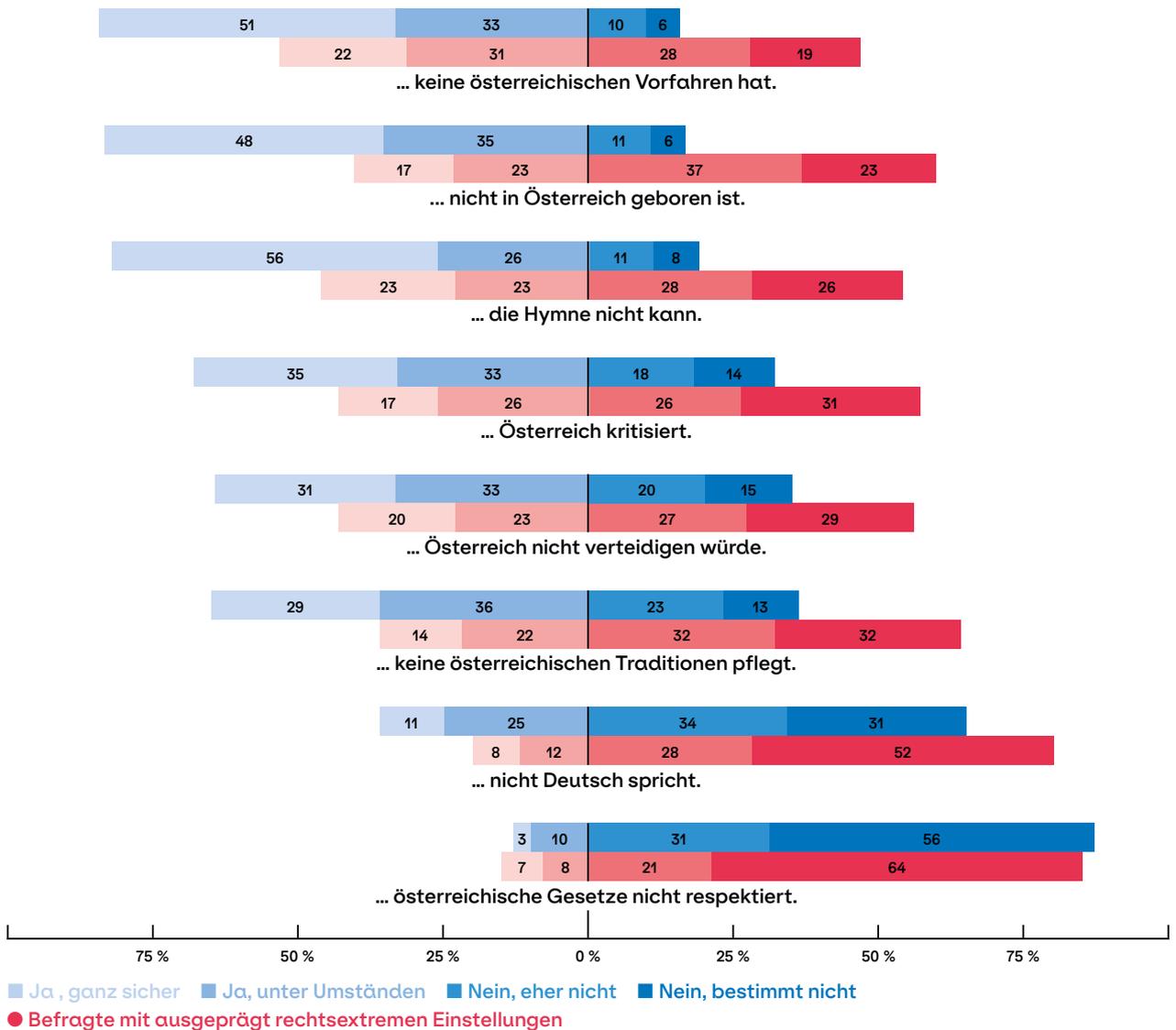
Kritischer, aber noch immer überwiegend unproblematisch werden Kritik an Österreich oder eine fehlende Bereitschaft zu dessen militärischer Verteidigung gesehen. So finden etwa zwei Drittel, dass jemand ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein kann, wenn er oder sie Österreich kritisiert (68 %), oder wenn er oder sie Österreich im Kriegsfall nicht verteidigen würde (64 %). Unproblematisch scheint es vielen auch, wenn jemand keine österreichischen Bräuche und Traditionen pflegt – hier finden immerhin noch 65 %, dass man dennoch ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein könne. Dieses Antwortverhalten ist insofern überraschend, weil üblicherweise in praktisch allen europäischen Umfragen – und so auch in der vorliegenden, wie im nächsten Abschnitt noch näher gezeigt werden wird – eine große Mehrheit (hier immerhin 83 %) der Respondent*innen sich von zugewanderten Personen wünscht, dass sie sich an die jeweilige nationale Kultur anpassen.

So passt es dann aber auch wieder ins Bild, wenn 65 % der Befragten angeben, dass man kein guter Österreicher bzw. keine gute Österreicherin sein kann, wenn man nicht Deutsch spricht. Die gemeinsame Sprache scheint ein wesentlicher Punkt für die gegenseitige Akzeptanz zu sein. Als noch wichtiger wird es jedoch angesehen, die österreichischen Gesetze zu respektieren. Hier geben 87 % der Befragten an, dass man kein guter Österreicher bzw. keine gute Österreicherin sein könne, wer die geltende Rechtsordnung missachtet.

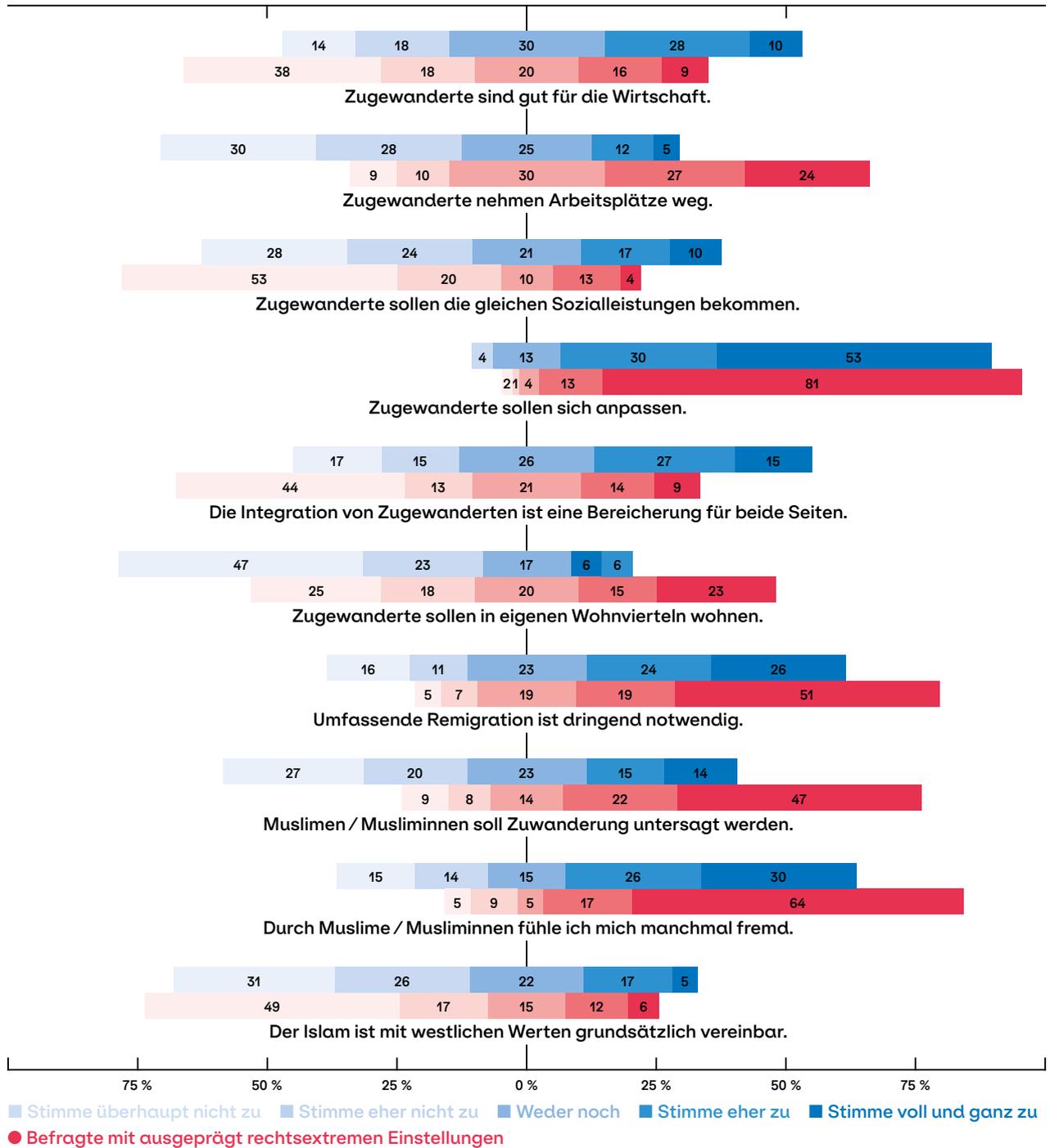
Wenn man die Auswertung auf Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen beschränkt, verändert sich das Bild drastisch. In Grafik 7 kann man sehen, dass die Ablehnung der Aussage bei fast allen Items größer ist als die Zustimmung, dass also die Mehrheit durchwegs angibt, dass man kein guter Österreicher oder keine gute Österreicherin sein könne, wenn man gegen die jeweiligen Erfordernisse verstößt.

Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen
 Wieviel Sympathie beziehungsweise Feindseligkeit wird unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen – vor allem Randgruppen – entgegengebracht, und ist die Feindseligkeit bei jenen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen höher? Die blauen Balken der Grafik 8 zeigen die Einstellung aller Befragten gegenüber Zuwanderung und Zuwanderer*innen, sowie gegenüber Muslimas und Muslimen. Im Vergleich dazu zeigen die roten Balken das Antwortverhalten von Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen.

Kann jemand ein guter Österreicher oder eine gute Österreicherin sein, wenn er oder sie ...
 (Angaben in Prozent)



Grafik 7: Toleranz gegenüber Abweichungen von der *ingroup*. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

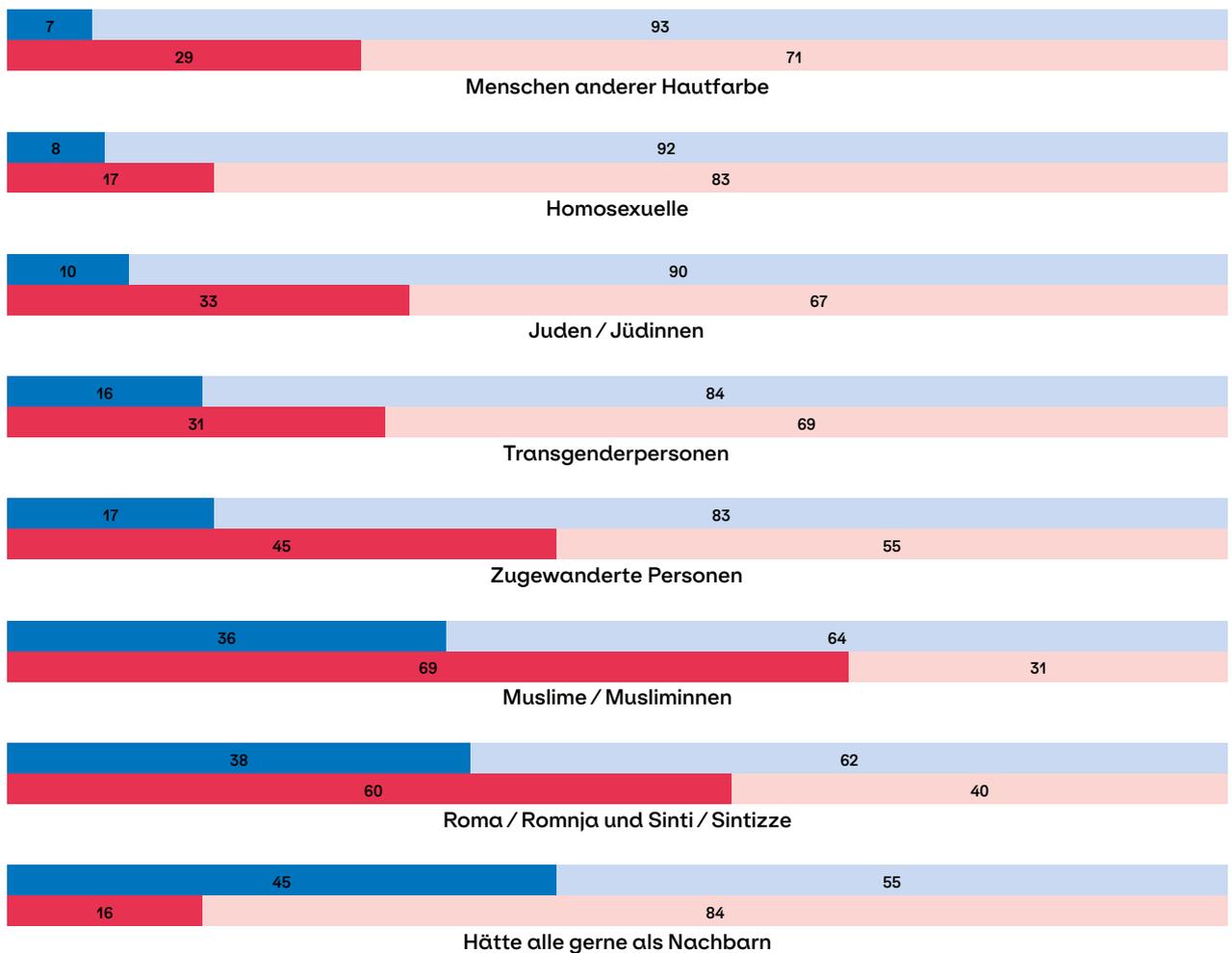


Grafik 8: Einstellungen gegenüber Zuwanderung und Muslimen / Musliminnen. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

Die ersten drei Fragen beschäftigen sich mit den ökonomischen Aspekten von Zuwanderung. Zum einen wurde erfragt, ob *zugewanderte Personen im Allgemeinen gut für die österreichische Wirtschaft* seien. Diese Frage wird durchschnittlich von etwa einem Drittel der Befragten bejaht (38%), von etwa einem Drittel verneint (32%), ein weiteres Drittel steht der Frage unentschlossen gegenüber (30%). Bei Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen lehnt mehr als die Hälfte (56%) die Zuwanderung aus ökonomischen Gründen ab. Zum anderen wurde erfragt, ob *zugewanderte Personen Arbeitsplätze wegnehmen*. Diese Ansicht wird von mehr als der Hälfte der Befragten (58%) abgelehnt, bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen wird diese Idee nur zu 19% abgelehnt. Ähnlich verhält es sich mit der Frage, ob *zugewanderte Personen genauso viel Sozialleistungen bekommen sollen wie Österreicher*innen*. Dies wird von der Hälfte der Befragten (52%) abgelehnt. Bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es hingegen 73%.

Die nächsten drei Fragen beschäftigen sich mit der Integration von zugewanderten Personen. Hier stimmen die Befragten überwiegend überein (83%), dass *Menschen, die nach Österreich kommen und hier leben wollen, sich an die österreichische Kultur anpassen sollen*. Bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es sogar 94%. Dass *die Integration von zugewanderten Personen eine Bereicherung für beide Seiten darstellen kann*, wird generell von 42% der Befragten bejaht. Bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es hingegen nur 23%. Schließlich wurde noch eine Frage gestellt, die das von Rechtsextremen vertretene Konzept des Ethnopluralismus berührt, also die Segregation der Ethnien, um jeder Ethnie die eigene kulturelle und nationale Identität zu bewahren: *Zugewanderte Personen sollten in eigenen Wohnvierteln wohnen, wo sie unter sich bleiben können*. Dieser Aussage stimmen nur 11% der Befragten zu, innerhalb der Gruppe der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen jedoch 38%. Eng verwandt mit der Idee des

Welche dieser Personengruppen hätten sie NICHT gern als Nachbarn? (Angaben in Prozent)



■ Genannt ■ Nicht genannt
● Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen

Grafik 9: Einstellungen gegenüber Minderheiten. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

Ethnopluralismus ist auch die für seine Verwirklichung als *dringend notwendig* erachtete *umfassende Remigration von zugewanderten Personen in ihre Heimatländer*, die von den Befragten jedoch positiver bewertet wird. Wie in Grafik 8 ersichtlich, stimmt dieser Idee die Hälfte der Befragten (50 %) eher oder voll und ganz zu, unter den Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen gar 70 %.

Schließlich wurden zu diesem Themenkreis noch drei Fragen speziell zu Muslimas und Muslimen gestellt. Auch wenn die Hälfte der Bevölkerung eine umfassende Remigration goutiert, findet die Idee, dass *Muslimas und Muslimen die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden soll*, in der breiten Bevölkerung bei „nur“ knapp einem Drittel der Befragten (29 %) Zustimmung, bei Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen jedoch bei gut zwei Dritteln (69 %). Weiters geben jedoch 56 % der Befragten an, dass sie sich *durch die vielen Muslimas und Muslimen in Österreich manchmal richtig fremd im eigenen Land fühlen*, bei Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es sogar 81 %. Wenn man diese Werte mit der Angst um Arbeitsplätze vergleicht, die innerhalb der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen von 51 % geteilt wird, unterstreicht das einmal mehr den in der Literatur vielfach geäußerten Befund,⁷² dass die Skepsis gegenüber Zuwanderung wesentlich stärker von kulturellen als von ökonomischen Ängsten genährt wird. Zuletzt wurde noch die Zustimmung zur Aussage, dass *der Islam mit westlichen Werten grundsätzlich vereinbar sei*, erhoben. Hier stimmen „nur“ 22 % der insgesamt Befragten und 18 % derer mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen zu.

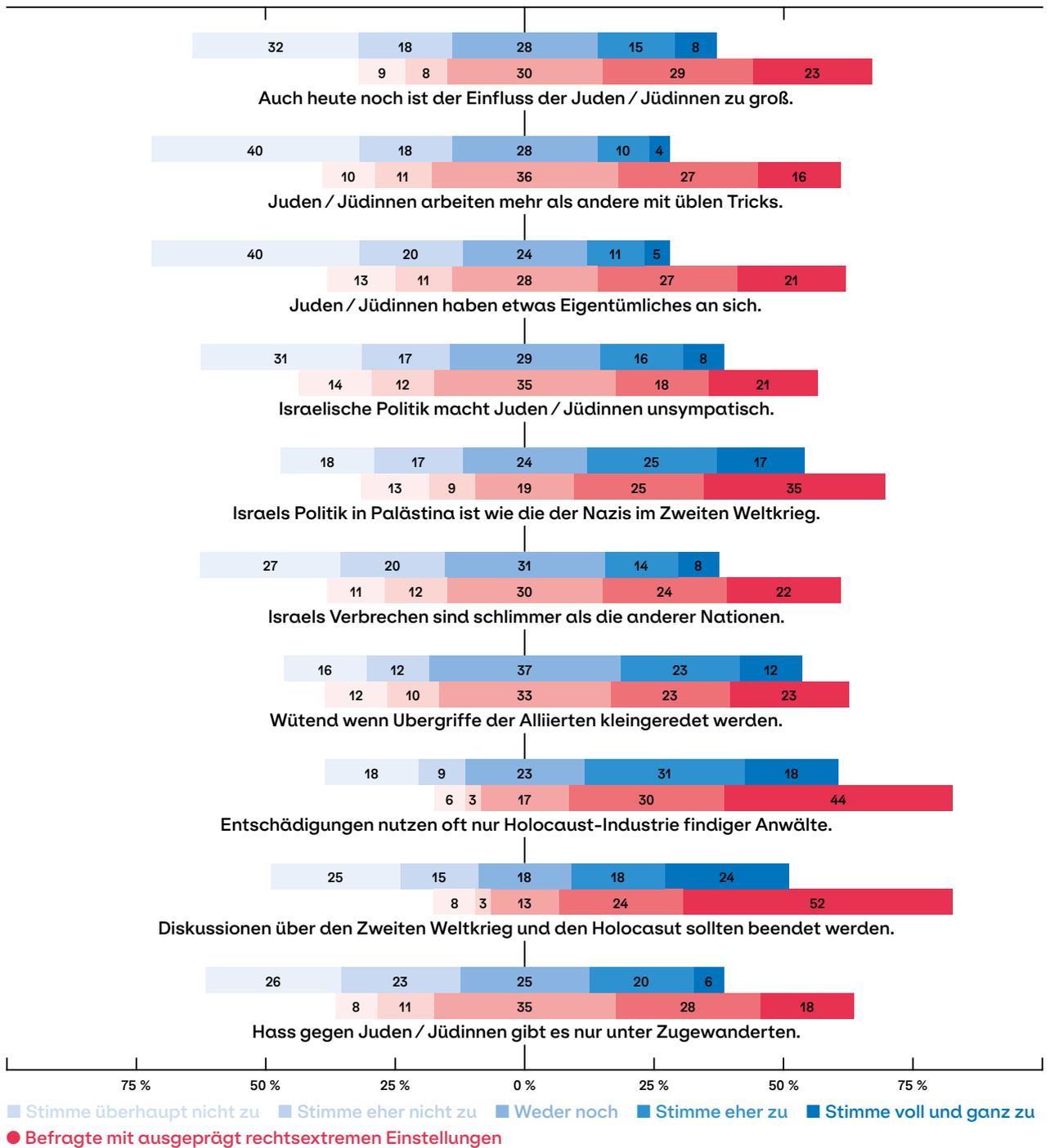
Wenn man die Grafik 8 näher betrachtet, fällt neben der Tatsache, dass Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen zu mehr Fremdenfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus neigen, auf, dass sie auch seltener die Antwortkategorie „weder noch“-wählen, sondern eher stärkere Meinungen bei diesem Thema äußern.

Neben Einstellungsfragen wurden auch Verhaltensfragen zu Minderheiten abgefragt, im konkreten Fall die Bereitschaft, unterschiedliche Personengruppen als Nachbarn zu tolerieren. Grafik 9 zeigt, wieviel Prozent der Befragten die einzelnen *Personengruppen nicht gerne als Nachbarn hätten* (Mehrfachnennungen möglich). Der letzte Balken der Grafik zeigt, dass 45 % der Befragten kein Problem mit den abgefragten Minderheiten haben und alle gern als Nachbarn hätten, bei Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind das jedoch nur 16 %. Die Reihung innerhalb der unbeliebten Personengruppen sind sowohl bei den Befragten allgemein als auch bei jenen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen ähnlich: Mit Muslimas und Muslime sowie Rom*nja und Sinti*zze treten die Befragten am unwilligsten als Nachbarn in Kontakt, mit Homosexuellen dagegen bestehen die wenigsten Berührungspunkte. Für die Befragten allgemein, sind auch Menschen anderer Hautfarbe verhältnismäßig gern gesehene Nachbarn.

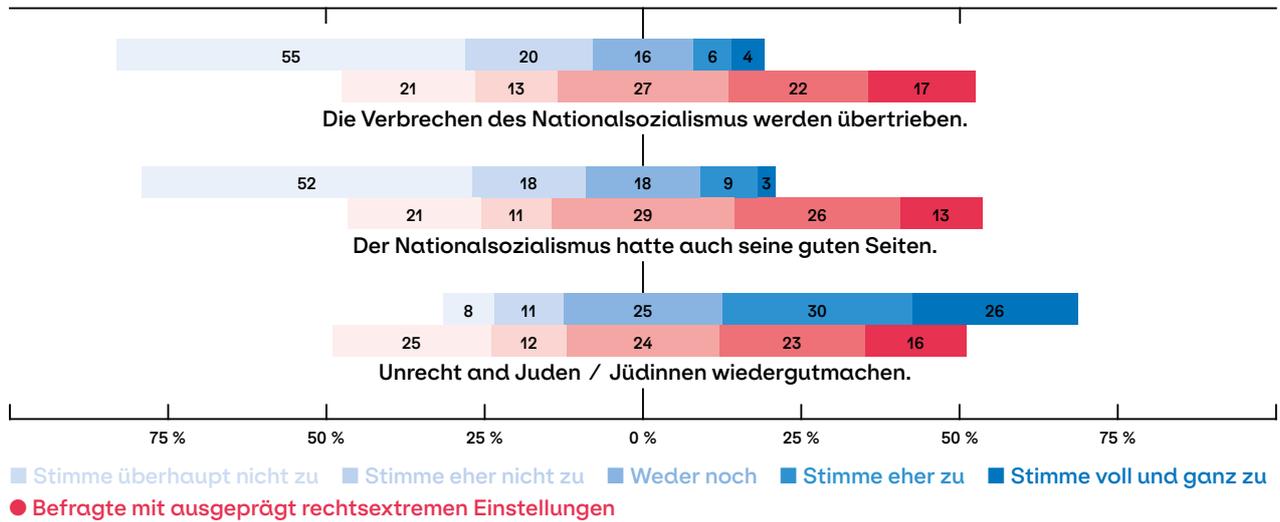
Ähnlich deutliche Unterschiede im Antwortverhalten von Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen zum Durchschnitt der Befragten lassen sich bei Fragen zu Antisemitismus erkennen. Die hier verwendeten Items sind fast ausschließlich der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ entnommen.⁷³ Die Grafik 10 zeigt das Antwortverhalten der Befragten allgemein und im Speziellen jener mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen. Die ersten drei Fragen beziehen sich auf das, was in der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ „tradiertem Antisemitismus“ genannt wird, sie erfassen die Zustimmung zu seit langem vertretenen Stereotypen. Diese Form des Antisemitismus ist bei den Befragten mittlerweile relativ unpopulär. Zwischen 15 % und 23 % stimmen eher oder voll und ganz zu, dass *der Einfluss von Juden und Jüdinnen auch heute noch zu groß ist*, dass *Juden und Jüdinnen mehr als andere Menschen mit üblen Tricks arbeiten, um das zu erreichen, was sie wollen*, oder dass *Juden und Jüdinnen etwas Besonderes und Eigentümliches an sich haben, und nicht so recht zur Mehrheitsgesellschaft passen*. Bei Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind das zwischen 43 % und 52 %.

Die nächsten drei Fragen erfassen Einstellungen zu dem, was die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ „Israelbezogenen Antisemitismus“ nennt. Diese modernere Form des Antisemitismus findet bei mehr Menschen Zustimmung. Zwischen 22 % und 42 % der Befragten stimmen eher oder voll und ganz zu, dass ihnen *die Juden und Jüdinnen durch die israelische Politik immer unsympathischer werden*, dass *Israels Politik in Palästina genauso schlimm ist, wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg*, und dass – *auch wenn andere Nationen ihre Schattenseiten haben mögen, so doch – die Verbrechen Israels am schwersten wiegen*. Diese Zustimmungswerte sind bei Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen mit 39 % bis 60 % erneut so hoch wie bei tradiertem Antisemitismus.

Der letzte Fragenblock betrifft Fragen zu Schuldabwehrantisemitismus, den die „Leipziger Autoritarismus-Studie“ als „die meistverbreitete Ausdrucksmöglichkeit für den Antisemitismus in Deutschland“⁷⁴ identifiziert hat. In Österreich verhält sich das ähnlich. Zwischen 35 % und 49 % der Befragten stimmen den – gegenüber der Leipziger Studie für Österreich modifizierten – Aussagen zu: *Es macht mich wütend, dass die Übergriffe der Alliierten im Zweiten Weltkrieg immer als kleineres Verbrechen angesehen werden; Entschädigungen, die Österreich zahlt, nutzen oft gar nicht den Opfern, sondern einer Holocaust-Industrie von finsternen Anwälten; Die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust sollte beendet werden*. Bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es sogar 46 % bis 76 % Zustimmung.



Grafik 10: Einstellung zu historischen Verklärungsmythen. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechts-extremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.



Grafik 11: Einstellung zu historischen Verklärungsmysmen. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

Zusätzlich wurde noch folgende neue Aussage zur Schuldabwehr abgefragt: *Heute findet man Hass gegen Juden und Jüdinnen im Grunde nur unter zugewanderten Personen.* Dem stimmen nur 26% der Befragten (eher oder voll und ganz) zu. Es besteht also ein Problembewusstsein dahingehend, dass Antisemitismus nicht als Minderheitenproblem beiseitegeschoben werden kann.

Wenn man Grafik 10 in ihrer Gesamtheit betrachtet und mit anderen Grafiken vergleicht, fällt auf, dass sich in der gegenständlichen Fragebatterie zu Antisemitismus mehr Befragte als in anderen Fragebatterien für die Mittelkategorie entschieden haben. Ein Viertel bis ein Drittel der Befragten grenzt sich nicht klar von den antisemitischen Aussagen ab, sondern antwortet mit einem vagen „weder noch“.

Legitimierende Mythen

Die Theorie der Sozialen Dominanzorientierung⁷⁵ sieht vor, dass die Vormachstellung der dominierenden Gruppe durch legitimierende Mythen begründet und abgesichert wird. Die Theorie der Sozialen Identifikation⁷⁶ sieht vor, dass Gruppenmitglieder nach einem positiven Selbstbild der Gruppe streben, um so ihr eigenes Selbstbild und damit Selbstwertgefühl zu stärken. In beiden Fällen ist es wichtig, dass ein positives Bild der *ingroup* (des eigenen Volkes) ge-

schaffen wird und etwaige Dämonisierungen aus der Vergangenheit überwunden werden, die der Rechtfertigung, dass die eigene Ideologie besser ist als jede andere, entgegenstehen. Ebenso ist es hilfreich, wenn ein negatives Bild der „anderen“ geschaffen wird – der anderen Gruppen und der herrschenden Eliten, die es abzuschaffen gilt.

Im Folgenden werden daher zwei Arten von Mythen analysiert. Erstens wird untersucht, bis zu welchem Grad die Bevölkerung bereit ist, historische Verklärungsmysmen, die den Nationalsozialismus beschönigen, zu glauben, zweitens wird untersucht, bis zu welchem Grad die Bevölkerung bereit ist, an Verschwörungsmysmen zu glauben, die andere Gruppen und die als herrschende Eliten wahrgenommene Gruppe korrumpieren.

Grafik 11 zeigt die Zustimmung zu den NS-relativierenden Aussagen *Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden* und *Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten*. Beide treffen nur auf eine eher geringe Resonanz innerhalb der Gesamtbevölkerung, aber immerhin stimmen den Aussagen zwischen 9% und 12% eher oder voll und ganz zu und 16% beziehungsweise 18% enthalten sich ihrer Meinung („weder noch“). Innerhalb der Gruppe mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind es jedoch mit jeweils 39% deutlich mehr.

Um Akquieszenz vorzubeugen, wurde auch eine Frage gestellt, deren affirmative Antwort das Gegenteil von historischer Verklärung – etwa historisches Bekenntnis und Anerkennung des geschehenen Unrechtes – abfragt, nämlich, *Es ist richtig, wenn man versucht, das Unrecht, das Jüdinnen und Juden in Österreich angetan wurde, wiedergutzumachen.* Hier stimmen 19% der Gesamtbevölkerung dagegen, innerhalb der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sogar 37%.

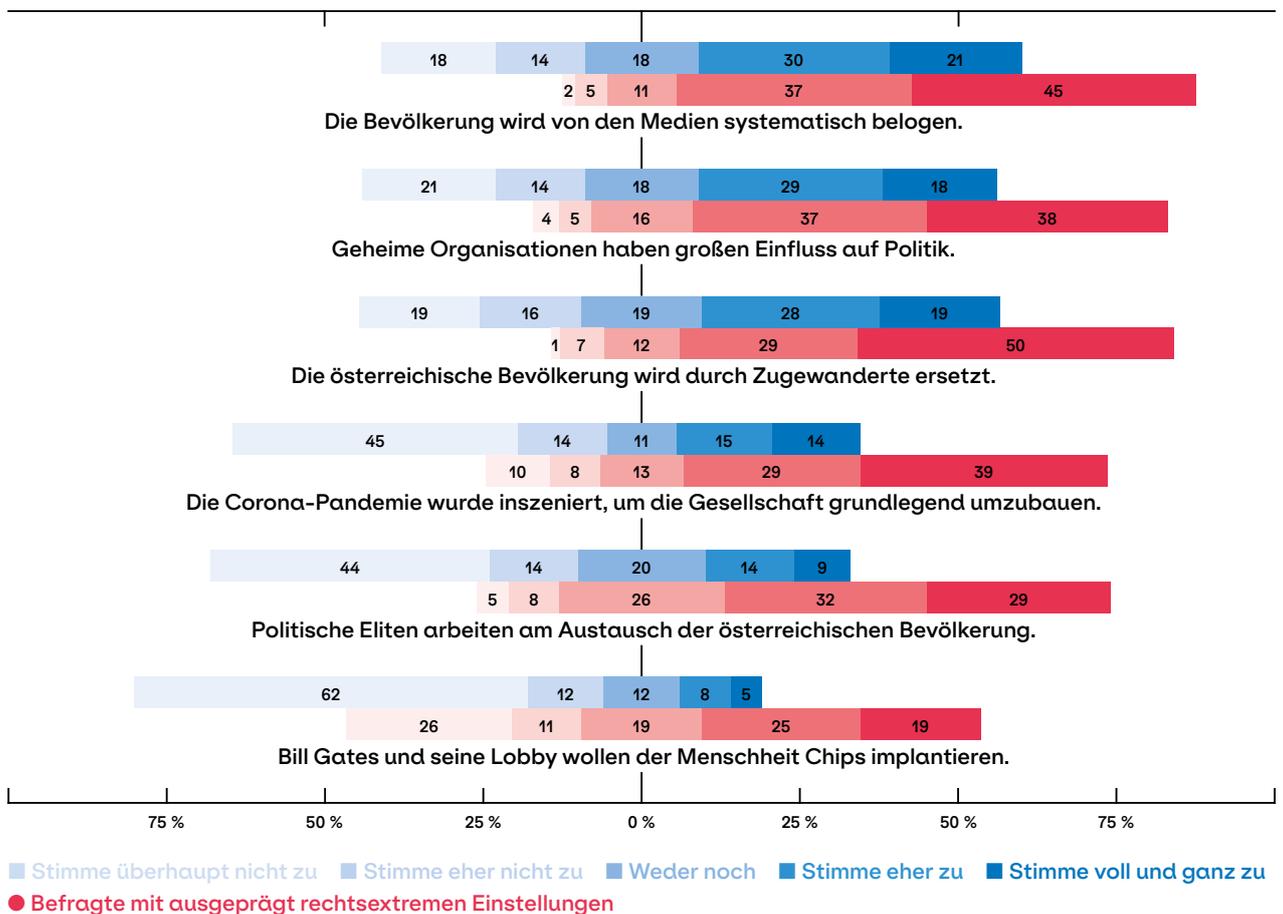
Ähnliche Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen gibt es auch bei modernen Verschwörungsphantasien, die andere Gruppen und die als herrschenden Eliten wahrgenommenen (Gruppen von) Menschen dämonisieren und damit delegitimieren sollen. Die Grafik 12 zeigt die Zustimmung zu sechs gängigen Verschwörungserzählungen für die Gesamtbevölkerung und für Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen.

In der Gesamtbevölkerung fällt auf, dass drei Mythen mehrheitlich positiv rezipiert werden. So finden die Aussagen, dass *die Bevölkerung von den Medien systematisch belogen wird*, dass *es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben*, und dass *die österreichische Bevölkerung langfristig durch zugewanderte Personen ersetzt wird* bei circa der Hälfte der Befragten (51 % bzw. 47 %) eher oder voll und ganz Zustimmung. Die anderen Mythen sind weniger populär, finden aber ein gewisses Maß an Zustimmung. So glauben 29 %, dass *die Corona-Pandemie inszeniert wurde, um die Gesellschaft grundlegend umzubauen*, 23 % glauben, dass *die politischen Eliten aktiv am Austausch der österreichischen Bevölkerung arbeiten*, und immerhin 13 % halten es für möglich oder wahr, dass *Bill Gates und seine Lobby den geheimen Plan verfolgen, der Menschheit Chips zu implantieren*.

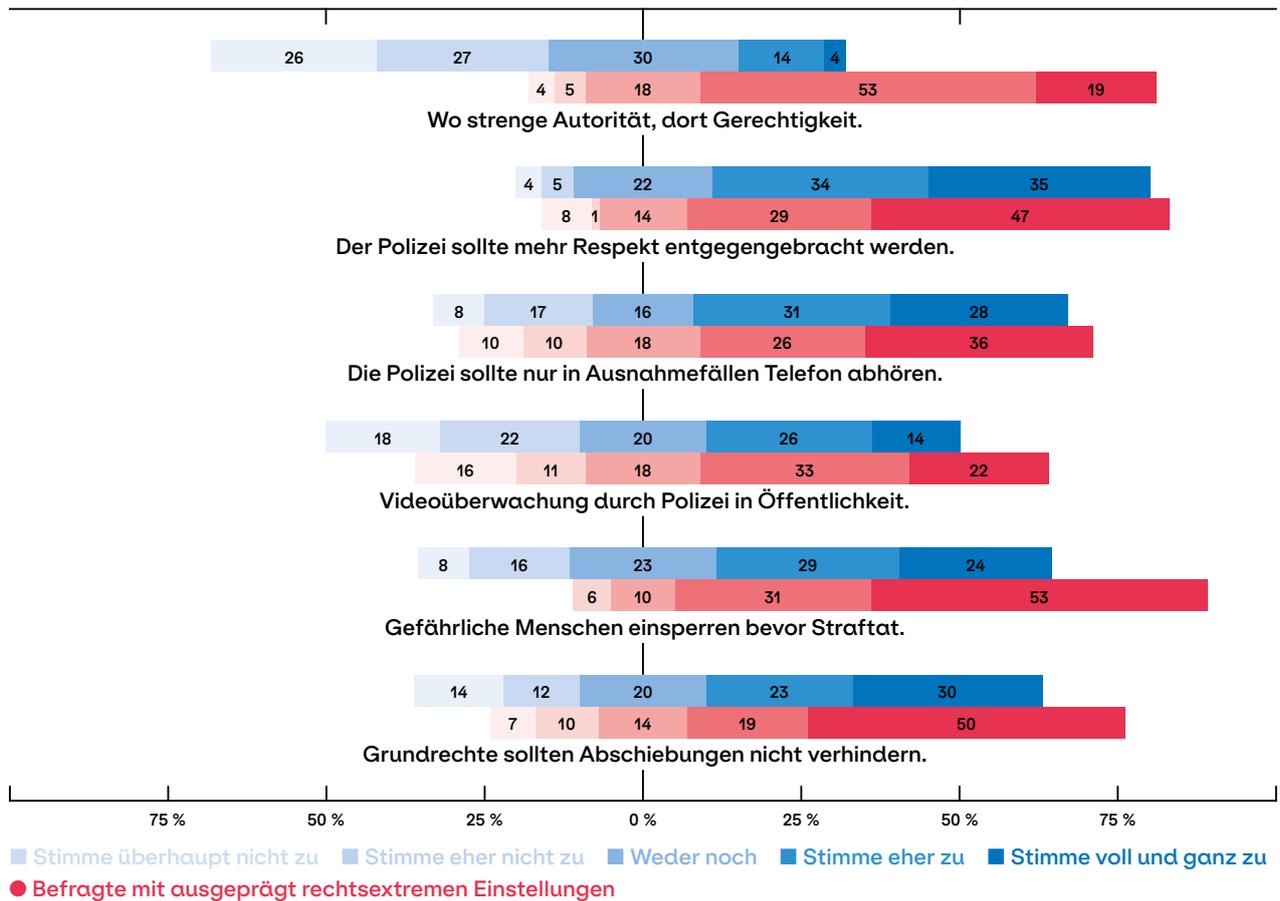
Bei den Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sind diese Zahlen erwartungsgemäß höher. So treffen alle Verschwörungsmythen bis auf jenen zu Bill Gates auf 61 % bis 82 % Zustimmung. An Bill Gates und die Chips-Implantation wollen nur 44 % glauben.

Wenn man die Korrelationen zwischen den Items näher untersucht, lässt sich feststellen, dass selbige zwischen $r=0.50$ und $r=0.75$ liegen (Pearsons Korrelationskoeffizient). Der Reliabilitätskoeffizient Cronbachs Alpha liegt sogar bei 0.89. Es sind also überwiegend dieselben Befragten, die an die Mythen glauben und dieselben Befragten, die das nicht tun. Ob jemand an einen bestimmten Verschwörungsmythos glaubt, hängt also nicht so sehr von dessen Inhalt ab, sondern davon, ob die Person eine Prädisposition zu Verschwörungsmythen aufweist.

Verschwörungsmythen (Angaben in Prozent)



Grafik 12: Einstellung zu Verschwörungsmythen. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.



Grafik 13: Einstellung zu Law & Order. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

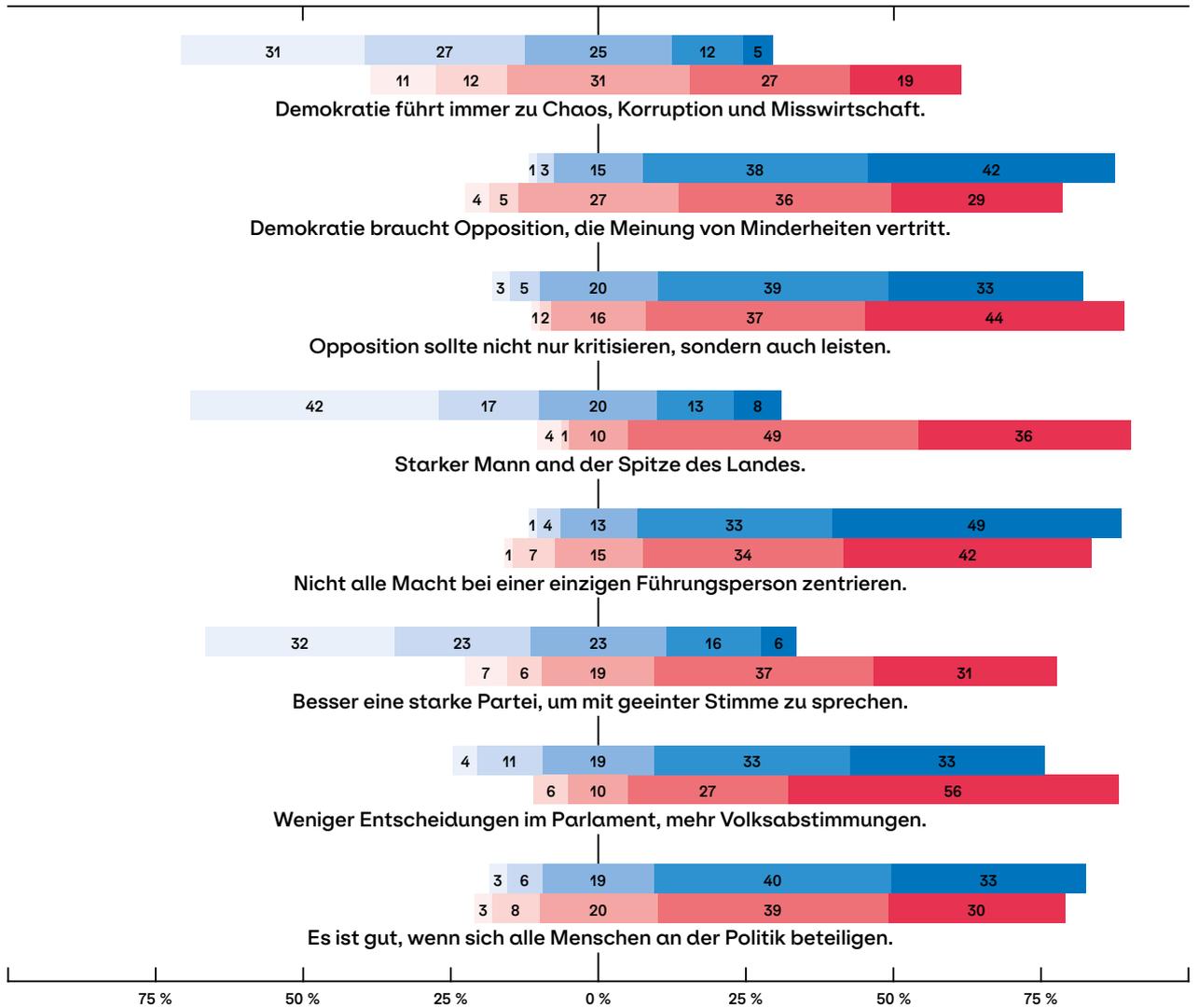
Autoritarismus

Damit die vermeintliche „Volksgemeinschaft“ ihre bergende und schutzbietende Funktion erfüllen könne, müssten sich alle an Regeln halten und in bestehende Hierarchien einordnen. Abweichungen vom Normverhalten müssen aus dieser Perspektive bestraft werden – unter Umständen, aber nicht notwendigerweise, auch mit Gewalt. Der Zweck heiligt hier die Mittel. Die Regeln werden dabei aus Naturprinzipien abgeleitet, über die kein Diskussionsbedarf besteht und bestehen kann. Es ist daher auch nicht notwendig, das Interesse der Mehrheit zu ermitteln, denn Gesetze leiten sich aus der Natur ab, werden damit aus dem Bereich des Politischen und gesellschaftlich Gestaltbaren im engeren Sinne exkludiert. Es genügt autoritären Ansichten nach eine starke Führungsperson, die die naturgegebenen Regeln in verbindliche Gesetze umwandelt, und die die Macht hat, selbige auch zu vollstrecken und damit angepasstes Normverhalten von allen einzufordern.

In der vorliegenden Studie wurde daher einerseits die Affinität der Bevölkerung zu Autoritarismus und *Law & Order* sowie die Haltung zur Demokratie abgefragt. Andererseits wurden die Bereitschaft, Gewalt anzuwenden (Gewaltlatenz), sowie die Gewaltakzeptanz bei anderen abgefragt.

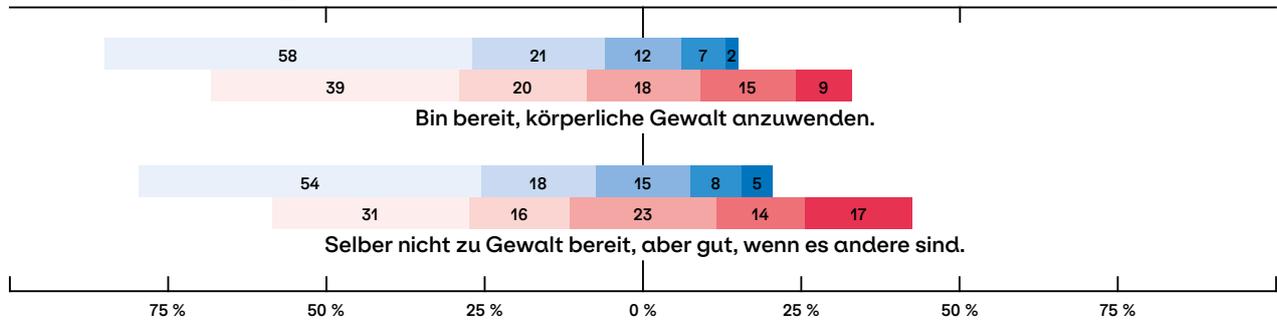
Die Grafik 13 zeigt die Zustimmung zur Frage *Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit* und zu einer Batterie von Fragen zu *Law & Order*. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung strenge Autorität in dieser abstrakten Formulierung mehrheitlich ablehnt (53%), bei konkreten Polizeimaßnahmen jedoch eher autoritäre Haltungen vertritt. So stimmen 69% der Befragten zu, dass *der Polizei mehr Respekt entgegengebracht werden sollte*, 53% finden, dass *man Menschen, die gefährlich sind, einsperren können sollte, noch bevor sie eine Straftat begehen*, und ebenfalls 53% finden, dass *Grundrechte die Abschiebung von Migrantinnen und Migranten nicht verhindern können sollten*. Andererseits stimmen aber auch 59% zu, dass *die Polizei nur in Ausnahmefällen das Telefon von einer verdächtigen Person abhören*

C1 Haltung zu Demokratie (Angaben in Prozent)



■ Stimme überhaupt nicht zu
 ■ Stimme eher nicht zu
 ■ Weder noch
 ■ Stimme eher zu
 ■ Stimme voll und ganz zu
● nur Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen

Grafik 14: Einstellung zu Teilaspekten der Demokratie. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.



■ Stimme überhaupt nicht zu ■ Stimme eher nicht zu ■ Weder noch ■ Stimme eher zu ■ Stimme voll und ganz zu
● Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen

Grafik 15: Einstellung zu Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.

können soll, und treten somit für eine Einschränkung einer ausufernden Polizeimacht ein. Weniger autoritär sind die Befragten auch bei Maßnahmen, die sie selbst treffen könnten, und nicht nur potentielle Straftäter. So stimmen nur 40% der Bevölkerung zu, dass die Polizei das Recht haben sollte, Menschen in der Öffentlichkeit per Video zu überwachen.

Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen differenzieren hier weniger zwischen den einzelnen Maßnahmen und stimmen allen Fragen mit Raten zwischen 55% und 84% mehrheitlich zu. Die Maßnahme der Videoüberwachung in der Öffentlichkeit findet aber auch hier relativ betrachtet die geringste Zustimmung.

Obwohl die Bevölkerung also hin und wieder bereit ist, liberale Grundwerte für mehr erhoffte Sicherheit über Bord zu werfen, so ist die Haltung gegenüber der Demokratie als Staatsform doch relativ unumstritten. Grafik 14 zeigt die Zustimmung zu unterschiedlichen Aspekten eines demokratischen Systems. Es wurden gemischt positiv und negativ formulierte Fragen gestellt, um Akquieszenz vorzubeugen, deshalb zeigen manche Balken überwiegende Zustimmung und andere Ablehnung an, inhaltlich stimmt die überwiegende Mehrheit jedoch vorwiegend demokratischen Ideen zu. So lehnen 58% die Aussage *Demokratie führt immer zu Chaos, Korruption und Misswirtschaft* ab, 59% lehnen die Aussage *Ich wünsche mir einen starken Mann an der Spitze dieses Landes, der sich nicht um ein Parlament kümmern muss* ab, und 55% verneinen die Aussage *Es ist besser, nur eine starke Partei in diesem Land zu haben, um mit einer geeinten und starken Stimme sprechen zu können*. Andererseits stimmen 60% der Aussage zu, dass es in jeder Demokratie auch eine Opposition geben muss, die die Meinung von Minderheiten vertritt, 82% stimmen zu, dass nicht alle

Macht in der Hand von einer einzigen starken Führungsperson liegen soll, sondern bei der Bevölkerung, und 73% stimmen zu, dass es gut ist, wenn sich alle Menschen an der Politik beteiligen.

Etwas kritischer sind die hohen Zustimmungsraten zu den folgenden zwei Fragen zu sehen: 72% der Bevölkerung stimmen zu, dass die Opposition nicht immer alles nur kritisieren, sondern auch einmal etwas leisten sollte, und 66% stimmen zu, dass weniger Entscheidungen im Parlament, dafür mehr Entscheidungen in Volksabstimmungen getroffen werden sollten. Ersteres drückt wohl eine Unzufriedenheit mit kontroversen politischen Debatten und parlamentarischen Diskussionen aus, die jedoch stets Teil einer Demokratie sind, Letzteres eine Unzufriedenheit mit den politischen Eliten, die ihrerseits Ausdruck eines authentischen direktdemokratischen Wunsches nach mehr Mitbestimmung sein kann, oft aber auch in pseudodemokratischer Formulierung etwa das Parlament als Säule der repräsentativen Demokratie unterminieren kann.

Etwas differenzierter sind die demokratischen Einstellungen von Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen zu sehen. Während die durchschnittlichen Befragten die Aussage, dass Demokratie immer zu Chaos, Korruption und Misswirtschaft führt, mehrheitlich ablehnen, stimmen ihr 46% der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen und damit fast die Hälfte zu. Die Haltung von Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen gegenüber der Opposition unterscheidet sich jedoch nur geringfügig vom Durchschnitt. Während 60% aller Befragten meinen, dass Demokratie auch eine Opposition brauche, sind nur 45% der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen dieser Ansicht, und während 62% aller Befragten meinen, dass die Opposition nicht nur kritisieren soll, sind es bei den Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen sogar 81%.

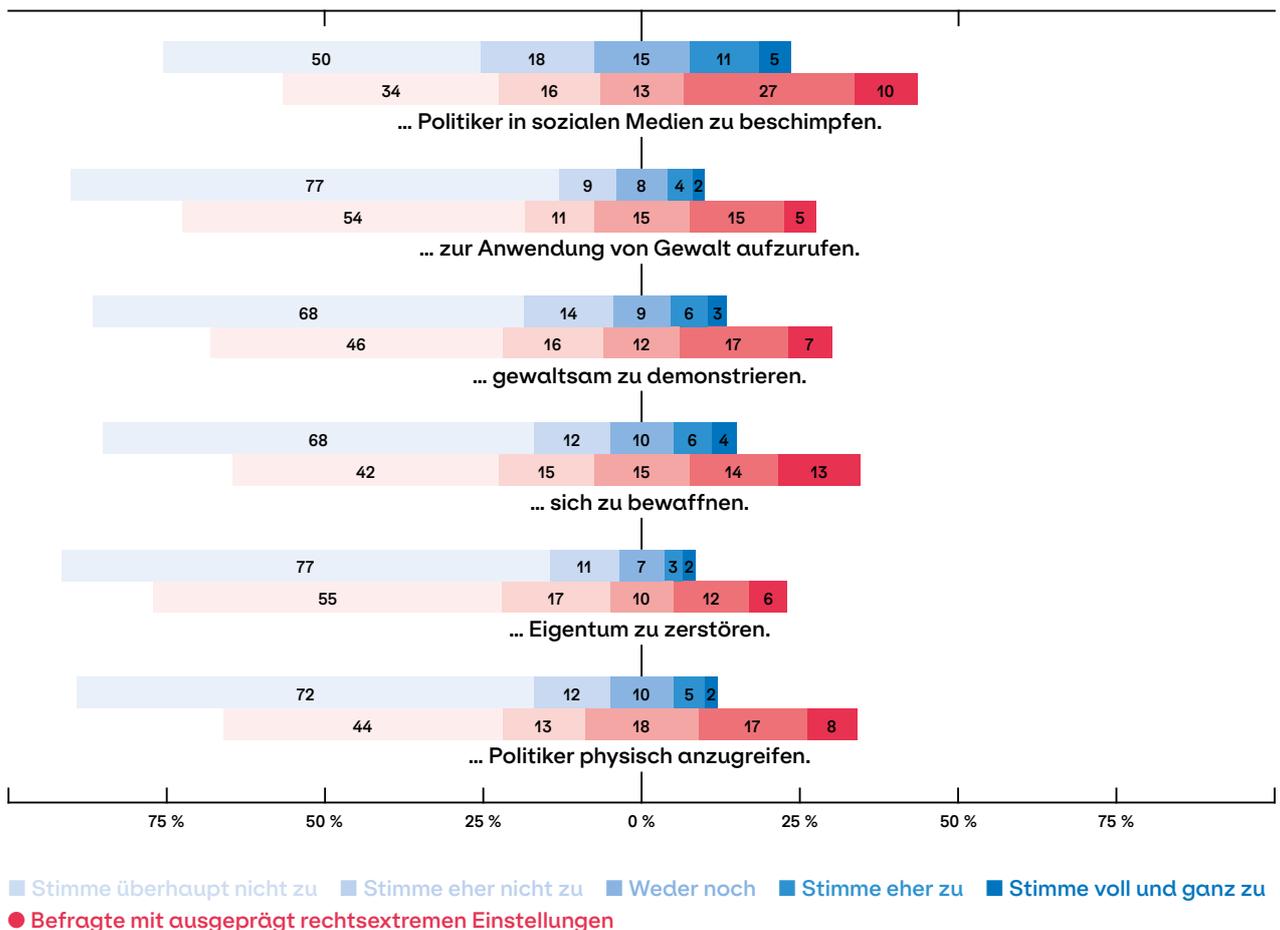
Es fällt auf, dass sowohl das Statement *Ich wünsche mir einen starken Mann an der Spitze dieses Landes, der sich nicht um ein Parlament kümmern muss* als auch jenes, wonach *„nicht alle Macht in der Hand von einer einzigen starken Führungsperson liegen soll, sondern bei der Bevölkerung“*, unter den Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen mehrheitlich bejaht wird, obwohl sich beide Items augenscheinlich widersprechen. Unseres Erachtens hat diese widersprüchliche Zustimmung zwei Gründe: Zum einen dürfte es in Fortsetzung der bereits beschriebenen Tendenz, starke Meinungen zu äußern, zuweilen einen Zustimmungsbias („*agreement bias*“) geben, der es mit Widersprüchen nicht allzu genau nimmt. Der Widerspruch ist dann keiner der Itemformulierungen, sondern einer des inkonsistenten Antwortverhaltens von Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen. Zum anderen ist zu sagen, dass die beiden Fragen nicht exakt das Gleiche messen, gerade mit Blick auf die erwähnte pseudodemokratische direkt-demokratische Ideologie. Befragte sehen womöglich keinen Widerspruch zwischen diesen beiden Items, wenn sie der Meinung sind, dass ein „starker Mann“ ohne parlamentarische Kontrolle direkt einen vermeintlichen Volkswillen exekutieren sollte.

Gewalt als Mittel zum Zweck

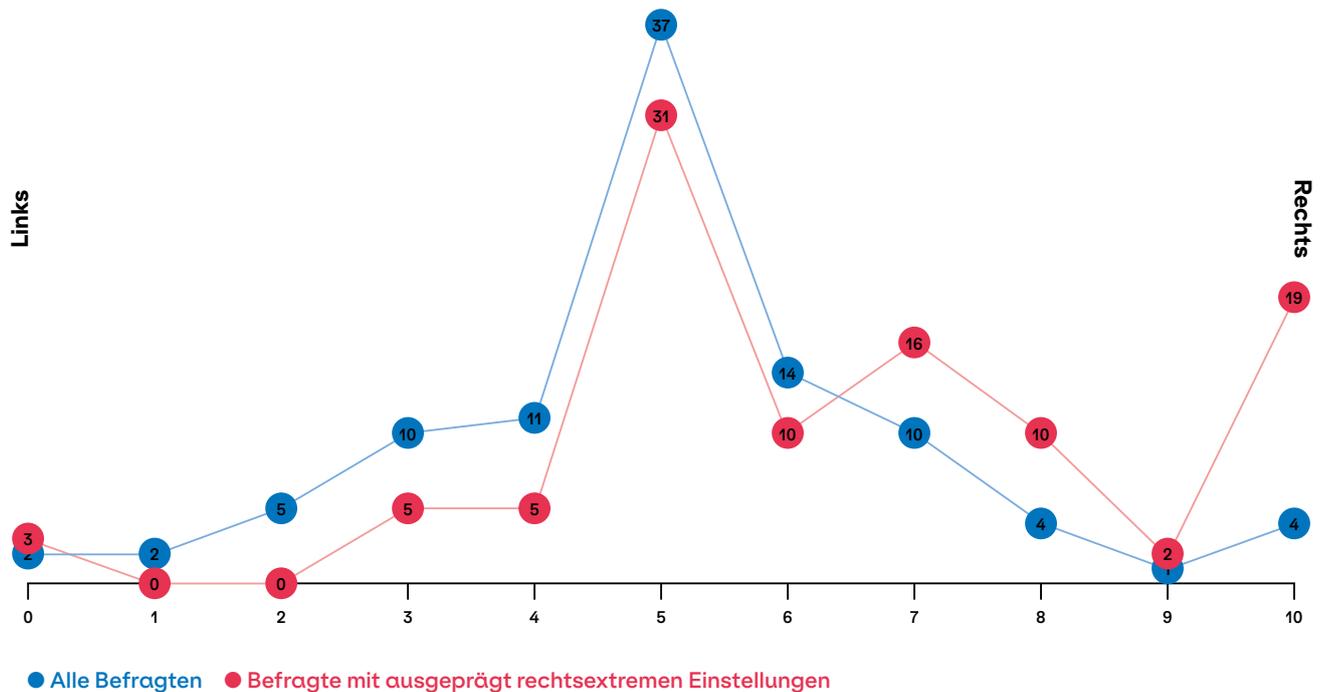
Holzer⁷⁷ beschreibt Gewaltakzeptanz und Gewaltlatenz neben Demagogie als politische Stilmittel des Rechtsextremismus. Gewalt ist dabei nicht notwendigerweise Bestandteil von Rechtsextremismus, doch wo die Durchsetzung rechtsextremer Ideologeme wie Ungleichheit, Homogenität und Dominanz anders nicht erreicht werden können, gilt Gewalt als legitimes Mittel. Die Natur bediene sich schließlich auch der Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ordnung.

In der vorliegenden Studie wurde einerseits Akzeptanz von Gewalt und Bereitschaft zu Gewalt ganz allgemein abgefragt, andererseits die Akzeptanz von politischer Gewalt ganz konkret. Die Fragenserie zu allgemeiner Gewaltlatenz entstammt der „Leipziger Autoritarismus-Studie“⁷⁸

Um politische Unzufriedenheit auszudrücken, kann es unter extremen Umständen akzeptabel sein ... (Angaben in Prozent)



Grafik 16: Einstellung zu Gewalt als Ausdruck politischer Unzufriedenheit. Angaben in Prozent aller Befragten (blau) und der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (rot), Daten sind gewichtet.



Grafik 17: Liniendiagramm zur anteilmäßigen Verteilung der politischen Selbsteinschätzung der Befragten entlang des Links-Rechts-Spektrums (0=links bis 10=rechts), für die Gesamtheit der Befragten (n=1.782) und Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (n=173), Daten sind gewichtet.

und erhebt sowohl die Bereitschaft, selbst körperliche Gewalt anzuwenden, als auch jene, Gewalt zu tolerieren, wenn sie andere ausüben. Wie in Grafik 15 ersichtlich, stimmen 9% eher oder voll und ganz zu, *in bestimmten Situationen durchaus bereit zu sein, auch körperliche Gewalt anzuwenden, um ihre Interessen durchzusetzen*, und 13% stimmen eher oder voll und ganz zu, dass sie *selber zwar nie Gewalt anwenden würden, aber dass es schon gut ist, dass es Leute gibt, die ihre Fäuste sprechen lassen, wenn es anders nicht mehr weitergeht*. Damit liegen die Zahlen im direkten Vergleich niedriger als unter Befragten in West- wie auch Ostdeutschland.⁷⁹ Bei Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen ist die Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz mit 24% und 31% deutlich höher.

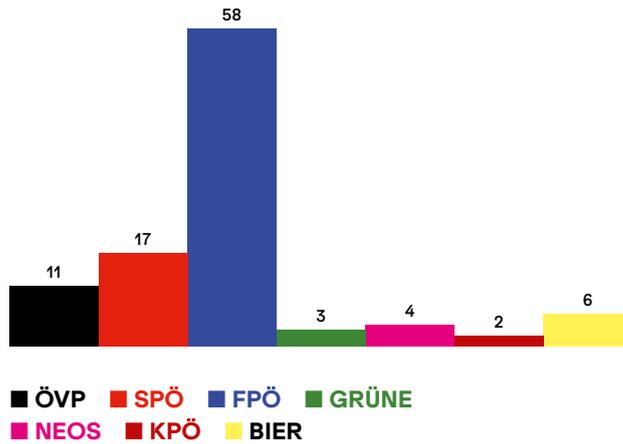
Die Fragenbatterie zu politischer Gewaltakzeptanz entstammt der österreichischen Wahlstudie AUTNES 2024 und erhebt, wie sehr es für die Befragten unter extremen Umständen akzeptabel ist, diverse verbale oder physische Gewaltaktionen auszuüben, um politische Unzufriedenheit auszudrücken. Es zeigt sich (Grafik 16), dass verbale Gewalt (*Politiker in sozialen Medien zu beschimpfen*) akzeptierter ist (bei 16%) als physische Gewalt. Für 6% ist es akzeptabel, *zur Anwendung von Gewalt aufzurufen*, für

9%, *gewaltsam zu demonstrieren*, für 10%, *sich zu bewaffnen*, für 5%, *Eigentum zu zerstören* und schließlich für 7%, *Politiker auch physisch anzugreifen*. Diese Relationen stimmen in etwa auch für Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen – wenngleich auf durchgängig höherem Niveau. Hier ist es für mehr als ein Drittel (37%) akzeptabel, *Politiker in sozialen Medien zu beschimpfen*. Die anderen Formen von physischer Gewalt finden bei 17% bis 25% der Befragten mit erhöhtem rechtsextremem Potential Akzeptanz.

C2 Politische Orientierung von Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen

Die vorliegende Studie stellt auch den Anspruch, die subjektive politische Verortung von Personen zu analysieren, die wir theoriegeleitet als Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen einstufen. Dazu untersuchen wir im Folgenden sowohl deren ideologische Positionierung im Links-Rechts-Spektrum als auch deren Parteipräferenz.

Wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben? (Angaben in Prozent)



Grafik 18: Sonntagsfrage: „Wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“, Verteilung der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (n=146). Angaben in Prozent, Daten gewichtet.

Ideologische Einordnung

Die ideologische Einordnung wird mittels der häufig benutzten Selbsteinschätzung der Befragten entlang der Links-Rechts Skala erfasst: *In der Politik spricht man immer wieder von „links“ und „rechts“. Wo auf dieser Skala würden Sie sich selbst einordnen?*

Grafik 17 zeigt die Verteilung aller Befragten und jener Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen entlang dieses Links-Rechts-Spektrums. Die Skala auf der x-Achse reicht von 0 (links) bis 10 (rechts). Knapp ein Drittel der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen (31 %) verortet sich in der politischen Mitte (Wert 5 auf der x-Achse), etwa 13 % sehen sich als links der Mitte, und mehr als die Hälfte (56 %) ordnen sich rechts der Mitte ein – immerhin 19 % stufen sich als extrem rechts ein.

Diese Ergebnisse decken sich im Großen und Ganzen mit den erwähnten deutschen Studien, etwa jenen der jüngsten „Mitte-Studie“,⁸⁰ die zeigt, dass rechtsextreme Ansichten nicht nur am rechten Rand zu finden sind, sondern durchaus auch in der politischen Mitte. Das verdeutlicht letztendlich, dass Rechtsextremismus nicht allein durch die politische Selbstverortung und damit die subjektive Einschätzung bestimmt werden kann, sondern immer auch theoriegeleitet durch den Zustimmungsgrad zu rechtsextremen Kerndimensionen gemessen werden muss.

Im Vergleich dazu sind die Anteile unter allen Befragten anders verteilt. Der Anteil jener, die sich in der Mitte oder links der Mitte sehen, ist mit 30 % (links) und 37 % (Mitte) deutlich höher, während der Anteil jener, die sich rechts der Mitte sehen, mit 43 % deutlich niedriger ist.

Parteipräferenz

Für die Parteipräferenz wurde die Sonntagsfrage gestellt, die abfragt: *„Wenn am nächsten Sonntag Nationalratswahlen wären, welcher Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“*

Grafik 18 zeigt das Antwortverhalten der Befragten mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen auf diese Frage. Mit 58 % ist die FPÖ hier die mit großem Abstand beliebteste Partei, danach folgen SPÖ mit 17 % und ÖVP mit 11 %, weit abgeschlagen liegen die Bierpartei mit 6 %, die NEOS mit 4 %, die GRÜNEN mit 3 % und die KPÖ mit 2 %.

Die zu Beginn zitierten soziologischen Studien, ebenso wie das vorliegende, hiermit zum ersten Mal durchgeführte Rechtsextremismus-Barometer, zeigen eindeutige politische Zusammenhänge zwischen Autoritarismus und verschiedenen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auf der einen und politischer Selbsteinschätzung bzw. Parteipräferenz auf der anderen Seite. So lässt sich innerhalb des rechten politischen Spektrums ein Anteil an Personen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen erkennen, eine Gruppe, die ein vehement antidemokratisches und antiegalitäres Potential für rechtsextreme Organisationen darstellt. Zum anderen zeigt ein Blick auf deutsche Studien, die ähnlich vorgehen wie das vorliegende Rechtsextremismus-Barometer, dass zwar traditionelle und insbesondere neonazistische Formen des Rechtsextremismus einstellungsmäßig ein absolutes Minderheitenprogramm sind, gerade in den letzten Jahren aber im Nachklang der Corona-Pandemie stärker geworden zu sein scheinen. Wie sich die Zahlen in Österreich im Längsschnitt entwickeln, lässt sich mangels Vergleichsbasis derzeit nicht feststellen – diesbezügliche Aussagen wird man erst nach regelmäßiger Wiederholung des Rechtsextremismus-Barometers treffen können. Künftigen Erhebungen und Auswertungen bleiben auch Fragen soziodemografischer Zusammenhänge und statistischer Erklärungsansätze vorbehalten, die in entsprechenden multivariaten Modellen analysiert werden.

Die hier vorgelegten Zahlen müssen differenziert betrachtet werden. In ihrer Gesamtheit betrachtet, geben die Studienergebnisse keinen Anlass für Alarmismus: Auch wenn sich eine Gruppe von Menschen mit ausgeprägt rechtsextremen Einstellungen ausmachen lässt, so ist der überwiegende Teil der Befragten dennoch klar demokratisch gesinnt. Doch sind manche Ergebnisse auch für die Gesamtbevölkerung durchaus demokratiepolitisch bedenklich, etwa wenn 29 % der knapp 2.200 Befragten finden, *Muslimen und Musliminnen sollte die Zuwanderung nach Österreich untersagt werden*, 38 % wollen nicht neben Rom*nja und Sinti*zze wohnen und 42 % finden, dass Israels Politik in Palästina genauso schlimm sei wie die Politik der Nazis im Zweiten Weltkrieg, eine Aussage, die von Gerichten immerhin als Straftatbestand nach dem Verbotsgesetz ausgelegt werden könnte. Das Rechtsextremismus-Barometer zeigt allgemein zusammengefasst ein gesellschaftlich nicht vernachlässigbares Bedürfnis nach Abwertung der „anderen“, eine Verachtung von Minderheiten sowie eine mit einem zunehmenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen verbundene sozialpsychologische „Lust“ an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Autoritarismus.

	STATcube 2024 Grundgesamtheit der Bevölkerung in Prozent	DÖW-Barometer Sample gewichtet, GESAMT in Prozent	DÖW-Barometer Sample gewichtet, nur Befragte mit ausgeprägt rechtsextremen Ein- stellungen in Prozent	DÖW-Barometer Sample ungewichtet, nur Befragte mit ausgeprägt rechts- extremen Einstellungen in Prozent
Geschlecht				
Männer	49,90	50,07	47,59	44,50
Frauen	50,10	49,83	52,41	55,50
Alter				
16 bis 29 Jahre	20,87	24,28	21,33	14,13
30 bis 39 Jahre	18,25	20,08	20,82	16,75
40 bis 49 Jahre	17,31	19,08	22,33	21,99
50 bis 59 Jahre	19,61	16,45	14,05	19,90
60 bis 75 Jahre	23,97	20,11	21,48	27,23
Bundesland				
Ostösterreich (Bgld, NÖ, Wien)	44,20	44,24	40,47	50,79
Südösterreich (Ktn, Stmk)	20,07	19,86	22,64	22,51
Westösterreich (OÖ, Sbg, T, Vbg)	35,72	35,90	36,89	26,70
Bildung				
Pflichtschule	19,30	19,54	25,96	25,65
Lehrabschluss (Berufsschule)	31,22	31,42	35,72	40,83
Berufsbildende mittlere Schule	11,14	10,61	10,29	9,95
Höhere Schule (AHS, BHS)	18,84	19,11	16,38	14,66
Universität, Fachhochschule, hochschulverwandte Lehranstalt	19,50	19,33	11,64	8,91
Erwerbstätigkeit				
Erwerbstätig (auch Lehrlinge) und Karenz	59,51	65,09	67,60	63,69
In Ausbildung, Präsenz-/Zivildienst	8,85	7,64	2,44	2,11
Arbeitssuchend, arbeitslos	4,75	4,10	4,01	4,74
In Pension	19,60	16,88	18,48	25,79
Dauerhaft arbeitsunfähig/haushaltführend	7,29	6,29	7,40	3,68
Berufstätigkeit				
Arbeiter*innen und Lehrlinge	15,83	15,83	20,52	13,61
Angestellte	36,20	36,00	29,48	30,37
Beamte*innen und Vertragsbedienstete	5,44	5,47	4,80	5,24
Selbstständige	7,75	7,79	12,87	8,90
Rest	34,79	34,92	32,34	41,88
Familienstand				
Ledig	39,92	39,50	32,35	29,47
Verheiratet	48,94	49,18	53,61	54,21
Verwitwet/geschieden	11,15	11,32	14,04	16,32
Gemeindegröße				
bis 2.000 Einwohner*innen	15,42	15,40	14,66	15,34
2.001 bis 5.000 Einwohner*innen	23,44	23,53	22,89	23,81
5.001 bis 20.000 Einwohner*innen	21,71	21,73	24,85	20,63
20.000 bis 300.000 Einwohner*innen	17,34	17,64	16,18	15,87
300.000 bis 2.000.000 Einwohner*innen	22,09	21,70	21,42	24,34

- 1 Christoph Schulze spricht deshalb von einem Doppelcharakter des Rechtsextremismus. Vgl. Christoph Schulze, *Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte*, Wiesbaden 2021, S. 10.
- 2 Das DÖW hat im Rahmen seiner jahrzehntelangen Forschungen zum Rechtsextremismus zwar keine eigenen soziologischen Erhebungen durchgeführt, aber stets den Rahmen für die Diskussion derartiger Studien geboten, etwa in Konferenzen wie bei Studien von Gerda Lederer (vgl. Peter Schmidt/Gerda Lederer [Hrsg.], *Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen von 1945-1993*, Opladen 1995) und Sammelbänden wie dem ersten Band zum Rechtsextremismus in Österreich 1979 (vgl. Josef Weidenholzer, *Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung*, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [Hrsg.], *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien 1979, S. 392-404). Einen Überblick über die soziologische Rechtsextremismus-Forschung in Österreich bieten Saskja Schindler/Carina Altreiter/Michael Duncan/Jörg Flecker, *Soziologische Forschung zum Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, in: Andreas Kranebitter/Christoph Reinprecht (Hrsg.), *Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich*, Bielefeld 2019, S. 394-425.
- 3 Vgl. Willibald Holzer, *Rechtsextremismus - Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, Wien 1996 = 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, S. 12-96, sowie die Begriffsdiskussion im Rechtsextremismusbericht des DÖW, der in Bälde erscheint.
- 4 „Ideologie“ wird hier nicht als bloßes Gedankengebäude verstanden, sondern als Einstellungssyndrom, das sich in Institutionen (Organisationen, Parteien, Zeitschriften etc.) materialisiert.
- 5 In Österreich gaben bei einer *Gallup*-Umfrage mit 1.000 Befragten 60 % an, dass von der extremen Rechten eine Bedrohung für die Demokratie ausgehe, nur Korruption wurde als größere Bedrohung eingeschätzt (vgl. *derstandard.at*, 18.4.2024, <https://www.derstandard.at/story/3000000216458/oesterreicher-sehen-durch-rechtsextremismus-die-demokratie-bedroht>). Auch für Deutschland ergab die jüngste „Mitte-Studie“, dass die größte Bedrohung für Deutschland für beinahe 70 % der Befragten neben dem Klimawandel vom Rechtsextremismus ausgehe (vgl. Andreas Zick, *Die distanzierte Mitte – eine Annäherung an das Verhältnis der Mitte zur Demokratie in Krisenzeiten*, in: Andreas Zick/Beate Küpper/Nico Mokros [Hrsg.], *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*, Bonn 2023, S. 19-33, hier: S. 23).
- 6 Vgl. zuletzt den „SORA-Demokratie-Monitor“ 2022 und 2023 (zusammengefasst in: Martina Zandonella, *Demokratie Monitor 2022. Fokusbericht*, Wien 2022 und dies., *Demokratie in stürmischen Zeiten. Erste Ergebnisse Demokratie Monitor 2023*, Wien 2023).
- 7 Vgl. zuletzt Katrin Praprotnik/Patricia Oberluggauer/Carolina Plescia/Isabella Juen, *Democracy Radar Wave 10* (SUF edition), https://doi.org/10.11587/GCSLIN_AUSSDA_V2. Autoritarismus wurde in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie 2021 in Welle 7 des Demokratieradars erhoben, vgl. Flooh Perlot/Marc Grimm/Christina Hainz/Daniela Ingruber/Isabella Juen/Viktoria Nutz/Patricia Oberluggauer, *Democracy Radar Wave 7* (SUF edition), https://doi.org/10.11587/HSFFCN_AUSSDA_V1.
- 8 Vgl. zuletzt IFES, *Antisemitismus 2022. Gesamtergebnisse | Langbericht. Studie im Auftrag des österreichischen Parlaments*, Wien 2023.
- 9 Die Daten der Wellen des „ADL-Demokratieradars“ sind über AUSSDA für Sekundäranalysen verfügbar, die anderer Langzeitstudien nicht.
- 10 Vgl. Wolfgang Aschauer/Janine Heinz, *Autoritäre Dynamiken in der Corona-Krise. Einblicke in das Ausmaß von Autoritarismus und Coronaskepsis in der Salzburger Bevölkerung 2021*, Salzburg 2023.
- 11 Vgl. Präsidium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften/Heinz Faßmann (Hrsg.), *Wissenschaftsbarmeter 2022: Vertrauen, Interesse, Information. Ergebnisse und Analysen der Erhebung über die Einstellung der Österreicher:innen zu Wissenschaft und Forschung*, Wien 2023.
- 12 Vgl. Janine Heinz/Christian Glantschnigg, *Extremistische Einstellungsmuster in Österreich. Abschlussbericht*, Wien 2023.
- 13 Vgl. Petra Ziegler/Andreas Schulz, *Autoritarismus, nationale Geschichtsbilder und demokratische Disposition*, Online-Umfrage 2022, Länderbericht Österreich, Wien 2023; Dies.: *Autoritarismus, nationale Geschichtsbilder und demokratische Disposition. Online-Umfrage 2022. Ländervergleich*, Wien 2023.
- 14 Vgl. zuletzt Zick/Küpper/Mokros, *Die distanzierte Mitte*.
- 15 Vgl. zuletzt Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, Gießen 2022.
- 16 Vgl. Zandonella, *Demokratie Monitor 2022*, S. 4.
- 17 Zusammengefasst an anderer Stelle: „Der Vertrauensverlust betrifft bis dato also ausschließlich demokratisch gewählte Vertretungsgorgane – dies deutet darauf hin, dass das politische System mit einer Krise der Repräsentation konfrontiert ist.“ (ebd., S. 12).
- 18 Vgl. ebd., S. 27.
- 19 Vgl. Zandonella, *Demokratie in stürmischen Zeiten*, S. 5f.
- 20 Vgl. ebd., S. 2.
- 21 Vgl. ebd., S. 7.
- 22 Vgl. die Projektwebsite <https://www.austriandemocracylab.at/forschung-de>.
- 23 Vgl. *austriandemocracylab.at*, Flooh Perlot, 28.7.2021, <https://www.austriandemocracylab.at/was-die-demokratie-herausfordert>.
- 24 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Julia Schuler/Barbara Handke/Gert Pickel/Elmar Brähler, *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen 2020, S. 27-87, hier: S. 35.
- 25 Vgl. ebd. Perlot weist zurecht auf eine Einschränkung im direkten Vergleich zwischen Deutschland und Österreich hin, da die Zahlen in Österreich für das Jahr 2021, in Deutschland für 2020 erhoben wurden.
- 26 Vgl. Perlot et al., *Democracy Radar Wave 7*. Die Daten wurden hier gewichtet für alle Befragten und für die Gruppe derer ausgewertet, die die Sonntagsfrage mit der Auswahl „FPÖ“ (v=3) beantwortet hatten, wobei lediglich 8,8 % der Befragten angaben, am kommenden Sonntag FPÖ zu wählen.
- 27 Ziegler/Schulz, *Autoritarismus (Ländervergleich)*, S. 45.
- 28 Dies., *Autoritarismus (Länderbericht, Tabellenband)*, S. 17.
- 29 Dies., *Autoritarismus (Ländervergleich)*, S. 59.
- 30 Dies., *Autoritarismus (Länderbericht, Tabellenband)*, S. 51.
- 31 Ebd., S. 67. Dass die Diskussion über den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust beendet werden sollte, finden in Österreich 39 % (vgl. Dies., *Autoritarismus [Ländervergleich]*, S. 79), links allerdings nur 12,2 %, eher links 19,9 %, in der Mitte 43,8 %, eher rechts 50,7 % und rechts beinahe drei Viertel der Befragten, nämlich 73,3 % (vgl. Dies., *Autoritarismus [Länderbericht, Tabellenband]*, S. 81).
- 32 Ebd., S. 164.
- 33 Vgl. Heinz/Glantschnigg, *Extremistische Einstellungsmuster*. Im Auftrag des BMI wurden eine repräsentative Stichprobe für die Wohnbevölkerung in Österreich ab 16 Jahren mit einem Stichprobenumfang von 1.977 in Telefon (CATI)- und Onlineinterviews (CAWI) im Zeitraum 27. Mai bis 19. Juli 2022 befragt.
- 34 Zick, *Die distanzierte Mitte*, S. 21.
- 35 Siehe dazu allg. Wilhelm Heitmeyer, *Deutsche Zustände. Folgen I-10*, Frankfurt am Main 2002ff.; zuletzt in prägnantem Überblick ders., *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung 1*, Berlin 2018.
- 36 Andreas Zick/Nico Mokros, *Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte*, in: Andreas Zick/Küpper/Mokros, *Die distanzierte Mitte*, S. 53-89, hier: S. 84. Die jüngste „Mitte-Studie“ aus 2022 wurde als telefonische Befragung (CATI) von über 2.000 Menschen als repräsentativer Stichprobe aller in Deutschland lebenden Personen ab 18 Jahren durchgeführt.
- 37 Vgl. ebd., S. 61-63. Wer über alle 18 Fragen, die diese sechs Dimensionen messen, einen Summenwert von 63 erreicht, gilt als Person mit „manifest rechtsextremem Weltbild“ (vgl. ebd., S. 63). Dafür muss der oder die Befragte überall zumindest eher zustimmen.
- 38 Ebd., S. 70.
- 39 Vgl. ebd., S. 67-71.
- 40 Vgl. ebd., S. 71-73.
- 41 Ebd., S. 74.
- 42 Ebd., S. 78. Bei tatsächlichen Einkommen zeige sich anders als bei der subjektiven Selbsteinschätzung aber deutlich: „Einkommensschwächere stimmen allen Dimensionen rechtsextremere Einstellungen deutlich häufiger zu.“ (Ebd.). Auch würden Arbeiter*innen häufiger zustimmen (vgl. ebd., S. 79), wobei immer noch 83 % nicht zustimmen. „Insbesondere Erfahrungen abhängiger Lohnarbeiter:innen scheinen weniger in Forderungen der Umverteilung von oben nach unten übersetzt zu werden, sondern in einen völkisch-nationalistischen Konflikt zwischen innen und außen, bei dem Migrant:innen für die Konkurrenz um Arbeit, Status und Wohlstand stehen [...]“. Rechtspopulistische Logik und rechtsextreme Ideologie greifen dabei ineinander“ (ebd., S. 80).
- 43 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Ayline Heller/Julia Schuler/Elmar Brähler, *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*, in: Decker/Kiess/Heller/Brähler, *Autoritäre Dynamiken*, S. 31-90, hier: S. 34.
- 44 Oliver Decker/Elmar Brähler, *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin 2006, zit. n. Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler, *Autoritarismus Studie 2022*, S. 33.
- 45 Vgl. ebd., S. 36. Gerade beim Langzeitverlauf wird die Strenger der Kriterien selbst problematisiert: „In diesem Abschnitt gehen wir auf die Zustimmung in den einzelnen Dimensionen im Zeitverlauf ein. Dazu wurden die drei Items pro Dimension jeweils zusammengefasst. In den folgenden Grafiken geben die Prozentwerte den Anteil Befragter an, die den Aussagen im Mittel mindestens überwiegend zustimmen (Cut-Off-Wert ≥ 12 : bei den einzelnen Fragen entspricht dies dem Wert 4). Dieses sehr harte Kriterium schließt also bereits Befragte aus, die zwei Aussagen überwiegend zustimmen und einer Aussage nur teilweise. Insofern betrachten wir hier also eine konsolidierte Einstellung je Dimension.“ (ebd., S. 47).
- 46 Ebd., S. 37-39.
- 47 Vgl. ebd., S. 47-53.
- 48 Ebd., S. 53.
- 49 Heinz/Glantschnigg, *Extremistische Einstellungsmuster*, S. 4.
- 50 Ebd., S. 22.
- 51 Ebd., S. 36.
- 52 So schienen uns beispielsweise eine Frage zur Bombardierung von Dresden, die in der „Leipziger Autoritarismus-Studie“ den Schuldabwehr-Antisemitismus misst, für Österreich angepasst werden zu müssen.
- 53 Ebd., S. 16.
- 54 Zick, *Die distanzierte Mitte*, S. 24.
- 55 Vgl. Lipsets Konzept des „Extremismus der Mitte“: Seymour M. Lipset, *Der „Faschismus“ – die Linke, die Rechte und die Mitte*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1* (1995 [1959]), Heft 3, S. 401-444; ders., *Soziologie der Demokratie*, Neuwied am Rhein 1962.
- 56 Zick, *Die distanzierte Mitte*, S. 24.
- 57 Ebd., S. 25.
- 58 Ebd., S. 26.
- 59 Ebd., S. 22.
- 60 Vgl. auch Decker et al., *Autoritarismus Studie 2022*, S. 33.
- 61 Diesem Beirat gehörten Christian Fleck (Graz), Fiona Kalkstein (Leipzig), Reinhard Kreissl, Silvia Kritzing, Oliver Rathkolb, Christoph Reinprecht und Bernhard Weidinger (Wien) an.
- 62 Die Verteilungen entstammen der Datenbank STATcube der *Statistik Austria*: <https://www.statistik.at/datenbanken/statcube-statistische-datenbank>.
- 63 Jim Sidanius/Felicia Pratto, *Social Dominance: An Intergroup Theory of Social Hierarchy and Oppression*, Cambridge 1999.
- 64 Vgl. Stanley Feldman, *Structure and consistency in public opinion: The role of core beliefs and values*, in: *American Journal of Political Science* 32 (1988), Heft 2, S. 416-440.
- 65 Vgl. Josef Glavanovits/Julian Aichholzer/Sanja Hajdinjak/Sylvia Kritzing, *The European Values Study 2018 – Austria Edition*, Wien 2019.
- 66 Vgl. Heinz/Glantschnigg, *Extremistische Einstellungsmuster in Österreich*, S. 36 und Decker et al., *Autoritarismus Studie 2022*, S. 38.
- 67 Vgl. Feldman, *Structure and consistency*, S. 421.
- 68 Decker et al., *Autoritarismus Studie 2022*, S. 39.
- 69 Vgl. Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007; Frank Bajohr/Michael Wildt, *Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2009.
- 70 Vgl. Sidanius/Pratto, *Social Dominance*.
- 71 John C. Turner/Rupert J. Brown/Henri Tajfel, *Social comparison and group interest in ingroup favouritism*, in: *European Journal of Social Psychology* 9 (1979), Heft 2, S. 187-204.
- 72 Vgl. z. B. Diana C. Mutz, *Status threat, not economic hardship, explains the 2016 presidential vote*, in: *PNAS* 115 (2018), Heft 19, S. E4330-E4339.
- 73 Vgl. Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler, *Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022*, S. 42 und S. 67-70.
- 74 Ebd., S. 69.
- 75 Vgl. Sidanius/Pratto, *Social Dominance*.
- 76 Vgl. Turner/Brown/Tajfel, *Social comparison and group interest*.
- 77 Willibald Holzer, *Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze*, in: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, Wien 1996, S. 12-96, hier: S. 64ff.
- 78 Decker/Kiess/Heller/Schuler/Brähler, *Die Leipziger Autoritarismus Studie*, S. 76.
- 79 Vgl. ebd.
- 80 Vgl. Zick/Mokros, *Rechtsextreme Einstellungen in der Mitte*, S. 71-75.



DÖW, Daniel Shaked

Andreas Kranebitter, Soziologe und Politikwissenschaftler, ist Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes. Seine Forschungsschwerpunkte sind Autoritarismus und Nationalsozialismus.



Univie, Nina Ameseder

Johanna Willmann ist Postdoc am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Im Rahmen ihres Studiums der Politikwissenschaft an der Stony Brook University spezialisierte sie sich in Politischer Psychologie.

DÖW-Rechtsextremismus-Barometer 2024**Leiter*innen:** Andreas Kranebitter, Johanna Willmann**Zeitraum der Erhebung:** April und Mai 2024**Art der Erhebung:** Online-Befragung (CAWI)**Stichprobe:** 2.198 Befragte (repräsentativ für österreichische Wohnbevölkerung zwischen 16 und 75 Jahren)**Institut:** marketagent.com online research GmbH**Begutachtung:** Institutional Review Board der Fakultät für Sozialwissenschaften an der Universität Wien**Wissenschaftlicher Beirat:** Christian Fleck (Graz), Fiona Kalkstein (Leipzig), Reinhard Kreissl, Sylvia Kritzingner, Oliver Rathkolb und Christoph Reinprecht (Wien)**Gestaltung:** LWZ & Manuel Radde**Für den Inhalt der DÖW-Studien verantwortlich**

Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

Anschrift: Wipplingerstraße 8, 1010 Wien**Kontakt:** andreas.kranebitter@doew.at bzw. +43 1 228 94 69

